

DISPUT

ISSN 0948-2407 | 67485

MITGLIEDERZEITSCHRIFT DER PARTEI DIE LINKE
FEBRUAR 2018 2 EURO

Links sein

Tausende neue Mitglieder sind im vergangenen Jahr in DIE LINKE eingetreten. Wie neue Genossinnen und Genossen in der Partei ihr politisches Zuhause finden. 6

Macht

Rot-Rot-Grün regiert seit einem Jahr in Berlin. DIE LINKE will der Regierung nicht nur zuschauen, sondern aktiv mitbestimmen. Auf dem Weg zur Mitmachpartei. 12

Auch Vergnügen

Martin Schirdewan ist als neuer LINKER Abgeordneter ins Europaparlament nachgerückt. Dort macht er mit Begeisterung und auch Vergnügen Politik. 20

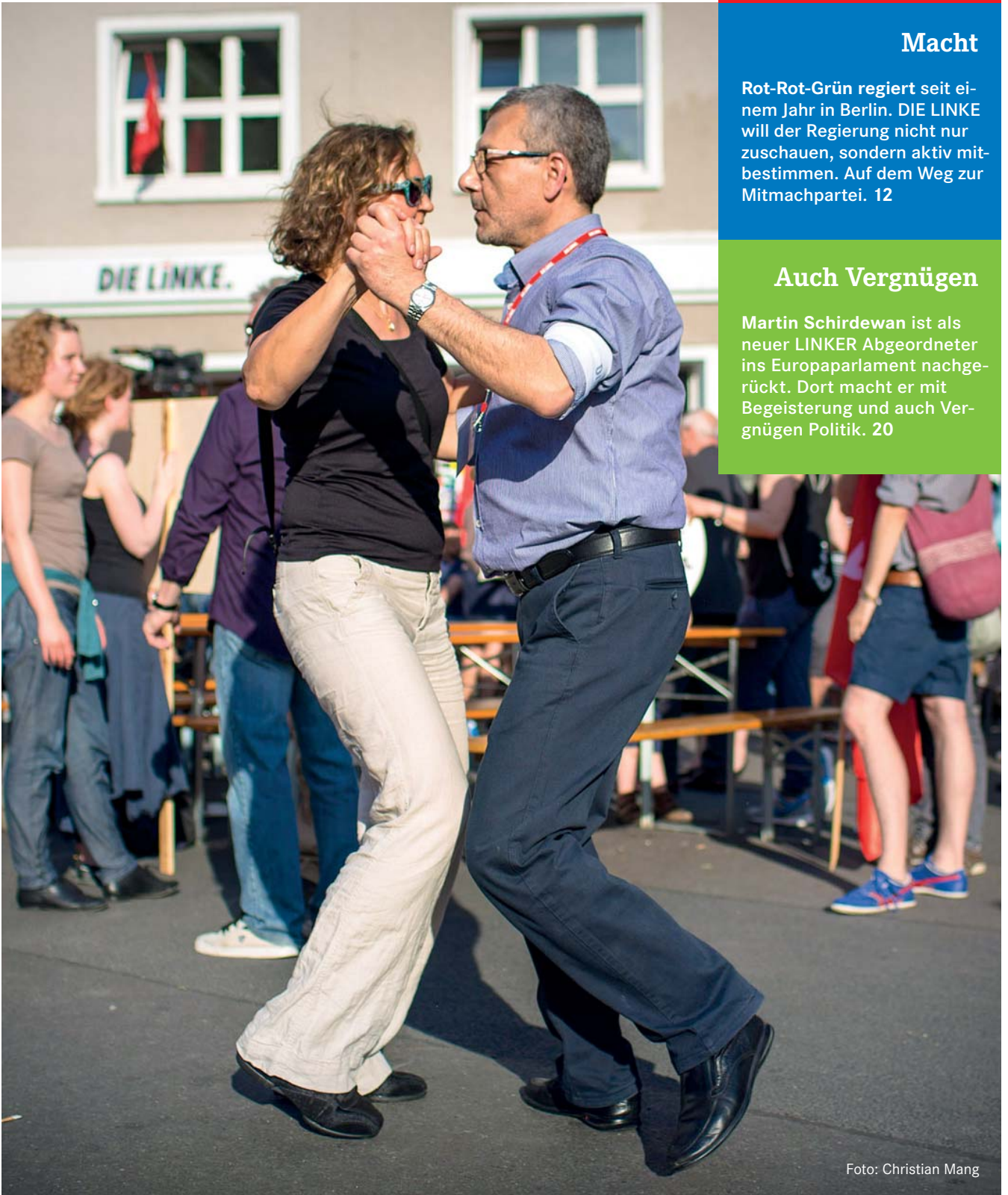


Foto: Christian Mang



In diesen Tagen sieht es so aus, als würden Neuwahlen in Ferne und die Große Koalition der Ideenlosigkeit näher rücken. Nach den Sondierungen ist aber schon abzusehen: Reiche werden geschont, die Obergrenze kommt faktisch, Geflüchtete sollen kaserniert und nur noch Sachleistungen bekommen. Einstieg in die Bürgerversicherung? Fehl-

zeige. Wir als LINKE müssen uns daher darüber verständigen, wie wir als soziale Opposition diese Bundesregierung unter Druck setzen. Damit wir die Debatte darüber breit führen können, hat der Parteivorstand beschlossen, für März und April in insgesamt sechs Städten Regionalkonferenzen einzuberufen. Mehr dazu erfahrt ihr auf Seite 4. Jede und jeder ist herzlich eingeladen, an den Regionalkonferenzen teilzunehmen. Das gilt auch und gerade für unsere neuen Genossinnen und Genossen. Wir freuen uns sehr über die rund 8.500 Mitglieder, die 2017 eingetreten sind! Was hier im Karl-Liebknecht-Haus geschieht, wenn jemand online eingetreten ist, erfahrt ihr ab Seite 6. Wir wollen, dass neue und ebenso langjährige Mitglieder DIE LINKE als ihr politisches Zuhause begreifen, und wir müssen darüber sprechen, ob

das auch tatsächlich so ist – oder was wir tun müssen, damit das so wird. Deshalb beginnen wir in diesem DISPUT die Reihe »Was und Wie«, die der Frage nachgeht, welche Möglichkeiten es gibt, sich einzufinden und einzubringen – nicht nur für Neue, sondern auch für die, die noch keine Gelegenheit fanden, aktiv zu werden.

Thomas Lohmeier ist Leiter des Bereichs Medien, Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerdialog in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN in Berlin

DISPUT 02/2018

VOR-GELESEN VON
THOMAS LOHMEIER

REGIONALKONFERENZEN

Diskussion über die Ausrichtung der Partei in sechs Städten **4**

PARTEILEBEN: WAS UND WIE

DIE LINKE wächst **6**
 Offensiv feministisch **8**
 Aktionsvorschlag: Jobcenter **10**
 Basisorganisation Brüssel **11**
 Berlin: Bitte einbringen! **12**

ARBEITSZEITEN

Gewerkschaften und die Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis **14**

SOZIAL-ÖKOLOGISCH

Das Klima, nicht den Kapitalismus retten **16**

NIEDERLANDE

Die Kampagne für die Deprivatisierung der Krankenkassen **18**



JEDEN MONAT
 AUS DEM HAUS **5**
 PRESSEDIENST **24**
 DAS KLEINE BLABLA **25**
 FEUILLETON **27**
 NEU IM KINO **29**
 KULTUR **30**
 FEBRUARKOLUMNE **31**

NEUER ABGEORDNETER

Martin Schirdewan ist neuer Europaabgeordneter **20**

VISION

Die EU neu denken: Her mit dem sozialistischen Europa! **22**

GESCHICHTE

Der Januarstreik 1918 war die größte Friedensaktion von Arbeitern gegen den Ersten Weltkrieg **26**

STUDIERENDENVERBAND

Rhonda Koch ist neue Geschäftsführerin des SDS **28**

Foto: Martin Heinlein

IMPRESSUM DISPUT ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, herausgegeben vom Parteivorstand, und erscheint einmal monatlich über Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14–16, 10178 Berlin **VERÖFFENTLICHUNG** gem. § 7a Berliner Pressegesetz Gesellschafter der NDZ GmbH Föderative Verlags-, Consulting- und Handelsgesellschaft mbH – FEVAC –, Gesellschafter der FEVAC GmbH: Uwe Hobler, Diplom-Agraringenieur, Berlin (5,52 Prozent); Dr. Ruth Kampa, Diplomjuristin, Berlin (4,13 Prozent); Thomas Nord, Kulturwissenschaftler, Berlin (90,35 Prozent) **REDAKTION** Anja Krüger, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 030 24009510, disput@die-linke.de **GRAFIK UND LAYOUT** Thomas Herbell **DRUCK** EVERSFRANK BERLIN GmbH | Ballinstraße 15 | Postfach 470355 | 12359 Berlin **ABOSERVICE** Neues Deutschland, Druckerei und Verlag GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: (030) 29 78 18 00 **ISSN** 0948-2407 **REDAKTIONSSCHLUSS HEFT 2:** 14. Januar 2018. DISPUT 3/2018 erscheint am 15. Februar.

Svenja, was ist für dich gerecht?



Foto: Luis Karcher

Das ist sehr komplex. Gesellschaftliche Gerechtigkeit heißt für mich, dass sich jede und jeder im Rahmen der eigenen Möglichkeiten an der Gemeinschaft beteiligt. **Was ist für dich internationalistisch?** Die bedingungslose Solidarität über nationale Grenzen hinaus. Die sind ohnehin nur so lange real, wie wir an sie glauben. **Was ist für dich links?** Eine Grundhaltung, mit der wir der Welt begegnen. Kompromisslos antifaschistisch, sozialökologisch und emanzipatorisch. **Was ist für dich gute Kommunalpolitik?** Eine Politik im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner. In der Kommune kann man einfach mit Menschen ins Gespräch kommen und versuchen, ihre Wünsche für das direkte gemeinsame Lebensumfeld zu verstehen. **Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?** Dass ich gefragt wurde, mich hier zu äußern. Danke! **Was war dein erster Berufswunsch?** Krankenschwester, wie meine Mama. Damals wusste ich noch nicht, wie wenig Anerkennung diese harte Arbeit bekommt. **Wenn du Parteivorsitzende wärst ...** würde ich versuchen, das Ganze zu sehen. Unsere Partei lebt von der Auseinandersetzung heterogener Gruppen, aber manchmal sollten wir uns daran erinnern, dass wir für unsere Visionen gemeinsam kämpfen müssen. **Was regt dich auf?** Das Wort »Integration«, egal in welchem gesellschaftlichen Kontext. Wollen wir wirklich alle Menschen nahtlos in einen Mainstream einfügen? Unsere Diversität ist ein Geschenk. **Wofür gibst du gern Geld aus?** Für Reisen, Geschenke und meine Katzen. **Wann fühlst du dich gut?** Wenn ich mich im Moshpit verliere oder mit tausenden Menschen den gleichen Song schreie – Momente, in denen ich alles Schlimme vergessen kann. **Wovor hast du Angst?** Am Ende nichts zum Besseren verändert zu haben. **Wie lautet dein Lebensmotto?** »Im Kampf zwischen dir und der Welt – sekundiere der Welt.« (Franz Kafka)

Svenja Bierwirth, geboren 1996, studiert Geographie und Politikwissenschaft. Sie ist Kreissprecherin der LINKEN Kiel und kandidiert bei den Kommunalwahlen am 6. Mai.

DISPUT fragt jeden Monat ein Mitglied unserer Partei nach dem vollen Ernst im richtigen Leben.

Auf zum Regionalforum!

Diskussion in sechs Städten über die strategische Aufstellung der LINKEN in den kommenden Jahren

Die Bundestagswahl hat für DIE LINKE ein gutes Ergebnis gebracht, wir konnten zulegen. Es gibt einige Fragen, die in den letzten Monaten immer wieder diskutiert wurden: Wie verändern sich Wählerinnen und Wähler der LINKEN? Erreichen wir Erwerbslose und Beschäftigte weniger? Bleiben wir bei unseren Positionen zu Flucht und Mi-

gration? Wen können und wollen wir als LINKE besonders ansprechen?

Die Bundestagswahl hat auch gezeigt: Das Land ist nach rechts gerückt. Was tun wir, um dem Aufstieg der Rechten und dem Rassismus in der Gesellschaft etwas entgegen zu setzen? Und wie sprechen wir Menschen an, deren Alltag durch 25 Jahre neoliberale Politik zur Zumutung gemacht wurde und die nicht daran glauben, dass sich etwas verändern kann?

Die Regionalforen sollen die Möglichkeit schaffen, diese Fragen in der Partei zu diskutieren.

Im vergangenen Jahr sind mehr als 8.000 Menschen neu in DIE LINKE eingetreten. Wir heißen euch herzlich willkommen und laden euch ein, mit uns aktiv zu werden. Welche Themen bewegen euch? Wie seid ihr in der Partei angekommen? Wie wollt ihr Politik machen? Auch darum soll es auf den Regionalforen gehen.

Wir stellen Vorhaben und Projekte vor, die der Parteivorstand auf den Weg gebracht hat: In vier Städten

laufen bereits Modellprojekte in einkommensarmen Nachbarschaften. Wir starten eine neue Kampagne und schlagen vor, hier die Themen Wohnen & Miete und Gesundheit besonders in den Blick zu nehmen. Viele Aktive waren außerdem in den letzten Monaten unterwegs, um Haustürgespräche zu führen. Aus den Erfahrungen wollen wir lernen und besprechen, wie ihr euch in euren Städten und regional einbringen könnt.

Die Regionalforen finden zwischen dem 3. März und dem 22. April statt. »Alle Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen«, sagen die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger. Auch die beiden werden dabei sein. ◀

Termine und Orte

Samstag, 3. März: **München**

Samstag, 10. März: **Mannheim**

Samstag, 17. März: **Hannover**

Sonntag, 18. März: **Erfurt**

Samstag, 21. April: **Berlin**

Sonntag, 22. April: **Essen**

»Was muss drin sein?« war die Leitfrage der Basisforen im Herbst 2016 wie hier in Duisburg. Genossinnen, Genossen und Interessierte diskutierten in mehreren Städten, was sie im Alltag bewegt und welche Inhalte und Positionen ins Bundestagswahlprogramm aufgenommen werden müssen. Im März und April veranstaltet DIE LINKE Regionalforen. Jetzt geht es um die strategische Aufstellung der Partei nach der Bundestagswahl.

Foto: Martin Heinlein



Das Land hat eine neue Regierung. Es gibt eine aufgewärmte GroKo, von der ich nicht erwarte, dass sie das Land voranbringt. Erbsensuppe schmeckt am dritten Tag eben auch nicht mehr so gut wie am ersten. Insbesondere beim Thema Zuwanderung passt sich die GroKo den rechtsaußen Diskursen an, das ist sehr bedenklich. Offen bleibt jetzt, ob die SPD die Zustimmung beim Mitgliedervotum erreicht. Eine wirkliche Erneuerung der SPD zu sozialer Politik zeichnet sich jedenfalls nicht ab. Themen wie prekäre Arbeit und die Bürgerversicherung fallen unter den Tisch. Unsere Aufgabe ist deshalb die wirksame, soziale Opposition. Und da sind wir bestens gerüstet. Denn Antworten auf so drängende Themen wie gerechte Löhne, Altersarmut, prekäre Arbeit, faire Mieten, Klimaschutz, gerechte Steuerpolitik und die Forderung nach einem Verbot von Waffenausföhrten hat nur DIE LINKE. Erstmals seit 2009 haben wir eine deutlich steigende Mitgliederentwicklung, die zweitbeste seit Gründung der Partei. Insgesamt werden wir immer jünger. Die Gruppe bis 35 Jahre ist nun die größte in der Altersübersicht. Die neuen Genossinnen und Genossen wollen wir mit ansprechenden Konzepten und Programmen einbinden, damit sie uns auch langfristig erhalten bleiben. Sie sind die Zukunft der Partei, und wir freuen uns, dass sie den Weg zu uns gefunden haben. Wie wir die vielen Neuen am besten integrieren, hängt sehr stark von den vielen engagierten Genossinnen und Genossen in den Landes-, Bezirks-, und Kreisverbänden ab. Sie überlegen sich, wie wir Neumitglieder am besten einbinden, und dabei werden immer auch individuelle Interessen und politische Werdegänge berücksichtigt. Da unsere Kampagnen und Wahlkämpfe von der erfolgreichen Kommunikation leben und DIE LINKE sich als aktive Mitgliederpartei versteht, steht das »gemeinsame Politik machen« für uns im Zentrum. Deshalb wollen wir



HARALD WOLF

**Wir sind
bestens
gerüstet**

uns auch in der Praxis von den anderen Parteien mit Aktionen jenseits der klassischen Infostände abheben. Generell kann jede und jeder bei diesen Aktionen mitmachen, muss aber nicht. Uns interessiert, was die Menschen dazu gebracht hat, in die Partei einzutreten. Wir wollen gemeinsam Projekte schaffen und umsetzen, wie beispielsweise die Rekommunalisierung der Energieversorgung, einem Mitgliedertreff für Neue, die Schaffung einer verkehrsberuhigten Zone in der Nachbarschaft, die Rekonstruktion von Spielplätzen, den Ausbau von Jugendangeboten, das Hartz IV-Frühstück. Projekte, die die Menschen einbinden, und gleichzeitig unsere politischen Ziele vermitteln. Beispielsweise mit der Aktionsidee Straßentheater »Steuerparadies«, einer Art öffentliches Straßentheater, um die Steuerflucht von Konzernen und Superreichen durch Steueroasen anzuprangern. Zwei Banker sitzen in der Steueroase, freuen sich über die legalen Tricks zur Steuervermeidung und lachen über die Unfähigkeit des Staates. Die Botschaft: Es ist ein Skandal, wie sich auch deutsche Firmen und

Banken an der Steuerflucht beteiligen. Oder mit der Aktion, »Ein Herz für Pflegepersonal«: Krankenhausangestellte haben oft wenig Zeit auf dem Weg zur Arbeit. Wie geben wir also unsere Botschaft mit, ohne lange aufzuhalten? Ein Schokoladenherz kann den überarbeiteten Pflegekräften schnell den Morgen versüßen. Dazu verteilen wir unseren Flyer für mehr Personal in Pflege und Gesundheit. Die können dann in einem ruhigeren Moment gelesen werden. Natürlich verteilen wir unsere Schokoherzen und Flyer auch an Patientinnen und Patienten sowie alle anderen im Umfeld des Krankenhauses. Verteilaktionen vor Betrieben sind gut geeignet, wenn es dort Lohndumping oder schlechte Arbeitsverhältnisse gibt oder sich das Unternehmen aktuell in einer Tarifaufseinerneuerung befindet. Botschaft: DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten, wenn es um Respekt und gute Arbeit geht. Mit Niedriglöhnen, Leiharbeit, sachgrundlosen Befristungen, dem Missbrauch von Werkverträgen, mit Mini- und Midi-Jobs wollen wir Schluss machen und diese schlechten Stellen in tariflich bezahlte, sozialversicherungspflichtige, unbefristete Beschäftigung umwandeln. Wir wollen vor Ort die Probleme der Menschen erkennen und Lösungsansätze liefern. Damit die nächsten Generationen ihre Leben selbstbestimmt und unter gerechten Bedingungen bestreiten können.

Harald Wolf ist kommissarischer Bundesgeschäftsführer der LINKEN.

Fotos: Erich Wehnert, DIE LINKE



DIE LINKE wächst

Rund 8.500 neue Mitglieder sind im vergangenen Jahr in die Partei eingetreten. Jetzt geht es darum, gemeinsam aktiv zu werden **VON SUSANNE LANG**

Jeden Morgen um genau eine Minute nach 8 Uhr bekommt Inke Rosseck eine E-Mail. Wenn die Mitarbeiterin in der Abteilung Kampagnen/Parteientwicklung in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN die Nachricht öffnet, erhält sie eine Liste der am Vortag online eingetretenen Mitglieder. »Auch die Kreis- und Landesverbände werden über die Eintritte informiert«, erklärt sie.

Eigentlich werden Mitglieder von den Landes- und Kreisverbänden betreut. Das kleine Willkommenspäckchen, das neue Genossinnen und Genossen erhalten, packt aber Inke Rosseck – wenn die Eintritte in der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sind. Ansonsten bekommen Neumitglieder Post je nachdem von ihrem Landes- oder Kreisverband. In Inkes Willkommenspäckchen liegt stets eine Ausgabe des DISPUT, aktuelles Material und der Imageflyer. Den Imageflyer verschickt sie besonders gerne. Auseinandergefaltet steht auf der Rück-



seite »Ich liebe dich – DIE LINKE«. Inke ist für viele Neumitglieder die erste Kontaktperson und beantwortet alle Anfragen rund um die Mitgliedschaft.

In den letzten Monaten hatte Inke Rosseck alle Hände voll zu tun. Rund 8.500 Menschen sind im vergangenen Jahr in DIE LINKE eingetreten, fast 62.500 Mitglieder hatte die Partei Ende 2017. »Das ist eine sehr gute Entwicklung«, sagt der Parteivorsitzende Bernd Riexinger. »Aber wir dürfen uns nicht darauf ausruhen. Da ein Großteil der neuen Mitglieder junge Beschäftigte sind, wird es eine besondere Herausforderung sein, sie in gemeinsame Aktivitäten einzubinden.« DIE LINKE ist die einzige Kraft, die so-

ziale Positionen in Parlamenten konsequent vertritt und die gesellschaftliche Auseinandersetzung gemeinsam mit BündnispartnerInnen vorantreibt. »Dem Rechtsruck in der Gesellschaft wollen wir uns mit den neuen und erfahrenen Mitgliedern entgegenstellen. Mit ihnen wollen wir für eine solidarische Alternative werben, die die konkreten Probleme der Menschen in den Blick nimmt. Es bleibt viel zu tun«, sagt Riexinger.

DIE LINKE hat einiges erreicht. Den – wenn auch zu niedrigen – Mindestlohn würde es ohne sie nicht geben. Die Kampagne »das muss drin sein« hat dazu beigetragen, den Mietnotstand und die untragbare Lage in der Pflege der Öffentlichkeit ins Bewusstsein zu rufen. Der Widerstand gegen das Hartz IV-Regime bleibt durch DIE LINKE wach – um nur einige Beispiele zu nennen.

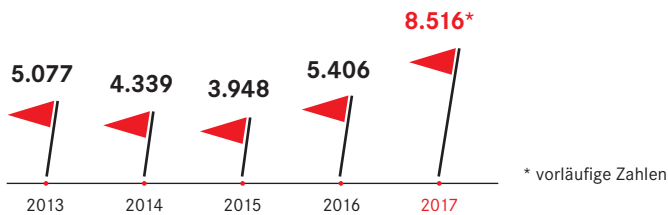
DIE LINKE wächst – und auch das ist eine Herausforderung. »Wir müssen dafür sorgen, dass die neuen Mitglieder sich bei uns zu Hause fühlen und ihren Platz in der Partei finden. Dazu müssen wir auf sie zugehen«, sagt Christoph Kröpl, Leiter der Abteilung Kampagnen/Parteientwicklung in der Bundesgeschäftsstelle. Ob Dorf oder Großstadt, ob Ost oder West – die LINKEN vor Ort freuen sich auch über eine Kontaktaufnahme. »Wir brauchen deine Ideen und deine Leidenschaft«, appelliert Christoph Kröpl an neue und langjährige Genossinnen und Genossen, sich einzubringen.

Die neuen Mitglieder sind im Durchschnitt 34 Jahre alt, viele von ihnen kommen aus Großstädten. Für viele war Trumps Präsidentschaftswahl oder die Rechtsverschiebung in der letzten Bundestagswahl der Anlass, sich der LINKEN anzuschließen. Sie wollen etwas verändern, den Rechtstrend stoppen, eine gerechte Gesellschaft herstellen. Damit sind sie in der LINKEN genau richtig. Die Präambel des Parteiprogramms bringt auf den Punkt, was

Ob auf der Straße, im Gespräch mit BürgerInnen, bei Versammlungen oder im Parlament: DIE LINKE kämpft für soziale Gerechtigkeit, hier bei einer Demo für mehr Pflegekräfte vor dem Bundesgesundheitsministerium Foto: Martin Heinlein



Eintritte in die Partei DIE LINKE von 2013–2017



die Partei eint: »Wir verfolgen ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können.«

WAS, ist klar – aber WIE?

So klar die Fragen nach den Interessen der Parteimitglieder sind, so schwierig ist in der Praxis die Frage nach dem Wie zu beantworten. Wie können fast 62.500 Menschen gemeinsam soziale Gerechtigkeit konkret durchzusetzen? Wie gemeinsam handlungsfähig sein?

»Für Mitglieder gibt es verschiedene Möglichkeiten, aktiv zu sein«, erklärt Christoph Kröpl. Erstens in der Basisgliederung, die allerdings je nach Landesverband unterschiedlich heißt. Es ist die Basisorganisation oder der Ortsverband, mancherorts auch der Stadt- oder Kreisverband. Jedes Mitglied findet hier in Wohnortnähe Genossinnen und Genossen für gemeinsame politische Aktionen, Diskussionen neuer Ideen und gleichzeitig viele tolle Menschen. Hier können Interessierte Kontakt zu KommunalpolitikerInnen der LINKEN knüpfen.

Die zweite Möglichkeit bieten Zusammenschlüsse. Hier wird unabhängig von regionaler Zuordnung auf Landes- und Bundesebene zusammenge-

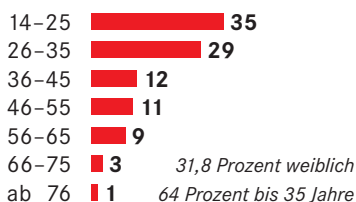
arbeitet. Es gibt Zusammenschlüsse zu Themen wie Hartz IV, Ökologie, Kulturpolitik oder Betrieb&Gewerkschaft. Es gibt auch Zusammenschlüsse, in denen vor allem gemeinsam geteilte Haltungen das Verbindende sind, die so genannten Strömungen. Eine Liste der aktuellen Zusammenschlüsse mit Kontaktadressen finden Interessierte unter www.die-linke.de/partei. Dort gibt es auch weitere Informationen zur Struktur und den Gremien der LINKEN.

Junge GenossInnen bis 35 Jahre sind automatisch passives Mitglied im Jugendverband der LINKEN, der Linksjugend [solid]. Für Studierende ist der Studierendenverband LINKE. SDS ein idealer Ankerplatz, der ebenfalls kräftig wächst.

Linke Ideen müssen auf der Straße und in der Öffentlichkeit Druck entfalten, damit sie in den Parlamenten durchgesetzt werden können. Darum gehören neben den Wahlkämpfen auch thematische Kampagnen zu einem wichtigen Mittel politischer Arbeit. In der »das muss drin sein«-Kampagne hat DIE LINKE prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen an den Punkten Befristung und Leiharbeit, Mindestsicherung, Umverteilung von Arbeit, bezahlbares Wohnen und mehr Personal in der Pflege zum Thema gemacht. An vielen Orten konnte DIE LINKE dadurch in konkreten Konflikten sichtbar und erlebbar werden. Welche Kampagnenschwerpunkte in den nächsten Monaten gesetzt werden, entscheidet sich in den kommenden Wochen.

Wer Aktionen auf der Straße liebt, ist bei linksaktiv.de an der richtigen Adresse. Dieses Online-Aktionsnetzwerk bietet die Möglichkeit, bei konkreten Aktionen wie der »das muss drin sein«-Kampagne oder bei Wahlkämpfen mitzumachen: Flyer verteilen, Aktionen vorbereiten und durchführen, Aktionen dokumentieren und in der Breite bekanntmachen. Und nebenbei: nette Leute kennenlernen. ◀

Altersstruktur der Eintritte in Prozent (2017)



Ich abonniere DISPUT

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich bestelle ab sofort Exemplar(e) der Zeitschrift DISPUT im

Halbjahresabonnement zum Preis von 12,00 Euro inkl. Versandkosten

Jahresabonnement zum Preis von 21,60 Euro inkl. Versandkosten

und nutze den vorteilhaften Bankeinzug

IBAN

BIC

oder

bitte um Rechnungslegung (gegen Gebühr) an meine Adresse.

Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zeitraum zum gültigen Bezugszeitraum, falls ich nicht 15 Tage (Poststempel) vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Datum, 1. Unterschrift

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich die Bestellung innerhalb von 10 Tagen widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Coupon bitte senden an:

Partei Vorstand DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Bestellungen auch möglich unter:
www.die-linke.de

Offensiv feministisch

Frauen können sich in der LINKEN gut vernetzen, Gehör und Platz verschaffen. Aber es gibt noch einiges zu tun, sagt Parteivorstandsmitglied **NINA EUMANN**

Was hat DIE LINKE Frauen zu bieten, was andere Parteien nicht haben?

Wir LINKE haben eine Vision einer gerechten Gesellschaft, die sich von allen anderen Parteien abhebt. Das gilt auch für unsere Vision der Gleichstellung von Frauen und Männern. Das heißt nicht, dass Frauen am vorherrschenden Männerbild gemessen werden, sondern Gleichstellung für alle. Wir stellen uns Gleichstellung von Frauen und Männern umfassend vor: Wir wollen Lebenszeit, Lohn- und Sorgearbeit, Zeit für Politik, FreundInnen, Bekannte, Familie und die eigene Weiterentwicklung gerecht zwischen den Geschlechtern verteilen. Dazu brauchen wir eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit für ein gutes Leben für alle.

Trotzdem sind in der LINKEN weniger Frauen organisiert als



Männer, auch wählen weniger Frauen die LINKE.

Wir sind als Partei auch ein Spiegelbild der Gesellschaft. Gesellschaftlich ist es so, dass Frauen weniger Lust dazu haben, sich parteipolitisch zu engagieren. Sie haben den Anspruch, ihren Job gut zu machen und auch wegen der Sorgearbeit in der Familie weniger Zeit für Politik. Allerdings sind Frauen nicht insgesamt unterrepräsentiert im Ehrenamt. Das zeigt, dass es auch an Parteistrukturen liegt, wenn sich Frauen in geringerem Maße parteipolitisch engagieren.

Hoffungsvoll macht mich, dass bei den Bundestagswahlen 10 Prozent der männlichen Gewerkschaftsmitglieder DIE LINKE gewählt haben und bei den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern 13 Prozent. Das ist auch ein Ergebnis unserer Politik der vergangenen Jahre, bei der wir in Arbeitskämpfen präsent waren etwa in Kliniken und im Rahmen unserer Kampagne »das muss drin sein«, bei der wir für eine bessere Personalausstattung in Krankenhäusern gekämpft haben. Mehr als 80 Prozent der Pflegekräfte sind weiblich. Aber wichtig ist auch, dass wir als LINKE generell fordern, unbezahlte Sorgearbeit mehr Wert zu schätzen und besser zwischen den Geschlechtern zu teilen.

Was unternimmt DIE LINKE, um Frauen zu gewinnen und für sie attraktiv zu sein?

Wir haben Doppelspitzen aus Frau-



Foto: Daniel Wittmer



NINA EUMANN

Geboren 1965 in Mülheim an der Ruhr, ist Steuerfachwirtin in einem kleinen Unternehmen in Dortmund und Mitglied im Parteivorstand der LINKEN. Außerdem ist sie eine der Sprecherinnen von LISA (LINKE Sozialistische Arbeitsgemeinschaft der Frauen) NRW und arbeitet im bundesweiten Blockupy-Bündnis mit. Foto: DIE LINKE

en und Männern in der Bundestagsfraktion und in der Partei auf Bundesebene und in fast allen Ländern. Alle Gremien sind nach Geschlecht quotiert, wir führen quotierte Redelisten. Das heißt, Frauen und Männer kommen immer abwechselnd zu Wort, auch wenn sich weniger Frauen als Männer melden. Bei jedem Bundesparteitag findet ein Frauenplenum der weiblichen Delegierten statt, bei der sich die Frauen über wichtige Punkte verständigen. Außerdem haben wir in fast allen Landesverbänden eine eigene feministische Struktur. In Nordrhein-Westfalen heißt sie LISA - LINKE Sozialistische Arbeitsgemeinschaft der Frauen -, in manchen Ländern allerdings anders. In diesen feministischen Strukturen können sich Frauen vernetzen, kreativ sein, Spaß haben und gemeinsam Projekte entwickeln. Alle Genossinnen sind herzlich eingeladen, sich dort zu engagieren.

Warum sind solche Instrumente und Strukturen wichtig?

Damit sich Frauen untereinander vernetzen, Gehör und Platz verschaffen können.

Was muss DIE LINKE tun, um attraktiver für Frauen zu werden?

Das ist eine Frage, die wir uns in vielen Zusammenkünften immer wieder stellen, vor allem wenn wir unter Genossinnen zusammensitzen. In Nordrhein-Westfalen haben wir viele Workshops dazu gemacht. Dabei kamen immer bestimmte Punkte heraus: Wir müssen zum Beispiel eine andere Sitzungskultur entwickeln. Wir brauchen eine Sitzungskultur an der auch Frauen, die ja meistens zu Hause die Sorgearbeit erledigen, teilnehmen können. Da gibt es ganz profane Dinge wie eine Kinderbetreuung, die vorhanden sein muss. Und zwar eine gute Kinderbetreuung mit ausgebildetem Personal, vernünftigen Räumen und einem Spielplatz in der Nähe. Wenn wir eine gu-

te Kinderbetreuung haben, werden die Genossinnen verstärkt kommen. Allerdings: Auch die Genossen müssen an sich und der Sitzungskultur arbeiten. Männer haben ja auch bei uns die Angewohnheit, das zu wiederholen, was die Vorgänger gesagt haben oder sich nur auf Männer zu beziehen. Viele Frauen haben sich angewöhnt, das auf Sitzungen auch zu thematisieren. Da brauchen wir noch mehr Solidarität unter den Genossinnen. Wir müssen eine andere Sicht bekommen auf unsere Sitzungen und überhaupt auf unsere Veranstaltungen. Noch immer gibt es Veranstaltungen, die nicht quotiert besetzt sind und bei denen dann eine Frau als Moderatorin als Alibi geholt wird. Das muss aufhören, wir haben genug fähige Frauen, die zu allen Themen Stellung nehmen können. Es gibt Angebote der Frauenstrukturen in den Ländern und auf Bundesebene, passende Referentinnen zu finden.

Du machst mit bei der feministischen Offensive der LINKEN. Was ist das?

Die feministische Offensive fußt auf einem Parteivorstandsbeschluss. Wir wollen ein Netzwerk für Frauen innerhalb der Partei schaffen, das ver-

sucht, die feministische Entwicklung voranzutreiben. Dort machen unter anderem Frauen aus der Bundesgeschäftsstelle, der Bundesarbeitsgemeinschaft LISA mit, aus dem Parteivorstand, aus der Bundestagsfraktion, aus der politischen Bildung, aus dem Studierendenverband SDS, der Linksjugend solid und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wir wollen die feministische Arbeit zwischen gesellschaftlichen Bewegungen und der Partei verknüpfen. Deshalb sind wir zum Beispiel immer Teil der Frauenkampftagsdemo am 8. März und bei den Aktionen gegen den jährlichen »Marsch für das Leben« der AbtreibungsgegnerInnen in Berlin. Es gibt feministische Interventionen im Rahmen der blockupy-Proteste, und die gab es auch im vergangenen Jahr bei den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg. Innerhalb der politischen Bildung der Partei wollen wir die feministische Bildung schärfen, etwa indem Bildungskonzepte zur Patriarchatskritik angeboten werden. Auch der Ausbau von Frauenstrukturen in den Ländern gehört zu unserem Arbeitsprogramm.

Was plant die feministische Offensive in den kommenden Monaten?

Im März steht die Verleihung des Clara-Zetkin-Preises an, den DIE LINKE jährlich um den Internationalen Frauentag am 8. März für herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik verleiht. Die feministische Offensive beruft eine Jury ein, die die Preisträgerinnen auswählt. Wir appellieren an alle Genossinnen, am Frauentag 8. März aktiv zu werden. In vielen Städten finden dazu Demos, Aktionen oder Veranstaltungen statt. Im September findet der LINKE Zukunftskongress in Berlin statt. Wir überlegen, dafür einen feministischen Veranstaltungsstrang anzubieten.

Interview: Anja Krüger

Vorwärts und nicht vergessen

DIE LINKE ist von Anbeginn aktiv im Kampf gegen Hartz IV – und wird es bleiben. Vorschlag für eine Jobcenter-Aktionsoffensive **VON KATJA KIPPING**

Hartz IV bedeutet Armut und Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe per Gesetz. Über sieben Millionen Menschen müssen mit dem bestehenden Hartz-IV- und Sozialhilfeleistungssystem leben. Nimmt man die Nichtinanspruchnahme dazu, wahrscheinlich mehr als zehn Millionen. Die einen sind betroffen, weil sie direkt unter den repressiven und stigmatisierenden Grundsicherungssystemen leiden, die anderen, weil sie die ihnen zustehenden Leistungen nicht erhalten.

Viele Hartz-IV-BezieherInnen sind der Willkür von Jobcentern und der Schikane oft hilflos ausgeliefert. Viel zu wenige wissen um ihre Rechte. Dabei stehen die Chancen gut, Klagen gegen die Entscheidungen von Jobcentern zu gewinnen. 2016 wurden fast 40 Prozent aller Klagen vollkommen oder teilweise zugunsten der KlägerInnen entschieden. Diese Zahlen musste das Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgrund meiner Anfrage im Bundestag bekannt geben. Doch diese hohe Zahl zeigt nur die Spitze des Eisbergs. Das ganze skandalöse Ausmaß der rechtswidrigen Praxis ist unbekannt. Es ist offensichtlich, dass das soziale Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenz- und Teilhabeminimum mit Hartz IV nicht zu gewährleisten ist.

Seit nunmehr 13 Jahren ist die Hartz-IV-Regelung in Kraft und hat Millionen von Menschen in die Armut geschickt. Doch nicht nur das. Hartz IV wirkt sich auch auf die Lohnhöhe von Erwerbstätigen aus. Mit der Einführung von Hartz IV ist die Förderung des Niedriglohnssektors vorangeschritten. Die bestehenden Zumutbarkeitsregelungen und die grundrechtswidrigen Sanktionen erzeugen einen großen Druck, jede auch noch so miserable Stelle anzunehmen oder zu behalten. Die Bereitschaft, auch schlechte Jobs anzutreten, ist erheblich gestiegen.

Auf der anderen Seite subventioniert Hartz IV das Lohndumping in Deutschland. Knapp 1,2 Millionen Menschen sind arm trotz Arbeit und stocken ihre geringen Einkommen durch Hartz IV auf. Daran hat auch die Einführung des viel zu niedrigen Mindestlohns kaum etwas geändert.

Sie gilt für Erwerbslose, aufstockende Erwerbstätige, Langzeiterwerbslose und Erwerbsunfähige ohne hinreichendes Einkommen oder Vermögen.«

Wer Hartz IV beziehen muss und warum es dieses Sanktionsregime überhaupt gibt, ist auch eine Klassenfrage. Im vergangenen Jahr hat eine Debatte darüber begonnen, wie ein neuer Klassenbezug aussehen könnte. Gerade unter politischen Funktionären scheint nun eine Art Wettbewerb ausgebrochen zu sein, wer am proletarischsten daher kommt. Einige empfehlen, unbedingt Bier zu trinken, um nahe an der Arbeiterklasse zu sein. Nun soll jeder und jede trinken, was er mag. Ich meine jedoch, ein Wettbewerb unter politischen Funktionären, wer proletarischer ist, ist vor allem eins:

Vor Ort sein

Für mich bleibt klar: Hartz IV muss weg. In unserem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 heißt es: »Wir ersetzen es mit guter Arbeit, einer besseren Erwerbslosenversicherung und einer bedarfsgerechten individuellen Mindestsicherung ohne Sanktionen und Kürzungen. Die Höhe muss derzeit 1.050 Euro betragen.



Foto: Martin Heinlein



unfreiwillig komisch. Alle Abgeordneten sind enorm privilegiert durch das, was sie sind. Entscheidender ist, was wir tun.

So stehen viele Basisgruppen und Aktive der LINKEN sowie speziell der Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV und der Landesarbeitsgemeinschaften regelmäßig mit dem Infostand vor dem Jobcenter und verteilen Kaffee und Informationsmaterialien zum Thema oder bieten durch Sozialberatung direkte Hilfe an. Dabei geht es nicht allein um eine milde Gabe. Es zeigt: Wir sind da und lassen dich nicht im Regen stehen. Darüber hinaus haben wir ein Netz an »DIE LINKE hilft«-Angeboten aufgestellt, durch das in vielen Kreisverbänden Sozial- und Rechtsberatung angeboten werden kann.

Aktiv werden

Um den Kampf mit dem Hartz-IV-Regime mit aller Kraft fortzusetzen und unsere Informations- und Unterstützungsangebote zu verbreitern, schlage ich zusammen mit der BAG Hartz IV und dem Stadtverband Dresden eine Jobcenter-Aktionsoffensive vor. Darin rufen wir alle Basisorganisationen und Abgeordneten der LINKEN auf, regelmäßig Jobcenteraktionen zu organisieren. Mit relativ wenig Aufwand kann DIE LINKE so verlässlich Präsenz auf der Straße zeigen. Für mich ist das ein selbstverständlicher Teil meiner politischen Praxis im Wahlkreis. Insofern weiß ich sehr gut, auf wie viel Frust man dort trifft. Wer einen Termin auf dem Jobcenter hat, ist in der Regel alles andere als gut gelaunt. Und ich traf schon so manchen, der die eigene ungerechte Behandlung gegen andere wenden wollte. Auch deshalb müssen wir uns dort blicken lassen. Die regierenden PolitikerInnen mögen die Millionen von Hartz-IV-BezieherInnen vergessen haben. Wir nicht. ◀

Auch in der Hauptstadt der EU hat DIE LINKE eine Basisorganisation, in der Genossinnen und Genossen aktiv sind VON MANUELA KROPP UND THILO JANSSEN

Leben und Arbeiten in Brüssel ist schon etwas Besonderes: Die Europapolitik ist im Dreieck zwischen Europaparlament, Rat und Kommission überall Thema. In jedem Café und in der Kneipe. Bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Europäischen Linken. In den Landesvertretungen der Bundesländer und bei Nichtregierungsorganisationen. Wir sind dicht am Geschehen, wenn der Schuman-Kreisler wegen einer Ratssitzung gesperrt ist oder Hubschrauber über der Stadt fliegen, weil Regierungschefs kommen. Europa ist immer ganz nah. Mitten in der Hauptstadt der EU ist DIE LINKE mit unserer Basisorganisation (BO) vertreten. Die BO Brüssel hat sich mittlerweile stadtbekannt gemacht: durch unsere Sommerfeste und Weihnachtsfeiern, bei denen wir Thüringer Rostbratwürste oder Nürnberger Pfefferkuchen an den Mann und die Frau bringen und quasi für alle Linken der Stadt »die Party« organisieren. Wir lassen uns gerne die Witze über »deutsche Organisation und Pünktlichkeit« gefallen – zu unseren Festen kommen dennoch fast alle. Man kennt uns auch durch unsere Info-Stände am 1. Mai, durch Diskussionsveranstaltungen, Kino-Abende und Wahlkampf in Form von Podiumsauftritten oder Unterstützervideos. Wir machen Brüsseler Lokalpolitik, bringen uns aber auch mit eigenen Beiträgen in die Debatten zu den Bundestags- und Europawahlprogrammen der Partei ein. Für BelgierInnen sind wir oft das Gesicht der deutschen Linken. Einige Male ist es uns schon am 1.-Mai-Infostand passiert: Ältere Belgier kommen an den Stand, wundern und freuen sich auch irgendwie, dass die deutsche Linke hier in Brüssel vertreten ist. Und erzählen von ihrer familiären Geschichte, die oft auf schreckliche Weise mit der deutschen Geschichte durch die zwei Weltkriege verwoben ist. Wir werden dann ganz

still. Und hören zu. Auch für die Mitglieder der belgischen Arbeitspartei PTB, die derzeit besonders in Brüssel und im französischsprachigen Wallonien stark ist, sind wir Ansprechpartner.

Wir begegnen täglich GenossInnen aus Spanien, Frankreich, Griechenland, Polen oder Portugal. Und diskutieren, wie wir ein solidarisches und soziales Europa schaffen können. Wie wir es verhindern, dass Beschäftigte und Erwerbslose aus verschiedenen Mitgliedstaaten gegeneinander ausgespielt werden. Wie wir für alle Menschen in Europa soziale Gerechtigkeit und ein Leben frei von Existenzängsten und Armut sichern können. Wie es sein kann, dass die europäische Verteidigungsunion als das Allheilmittel von Rat und Kommission gepriesen wird. Wie wir Europa gegen Nationalismus und Faschismus verteidigen können. Gegründet haben wir unsere BO im November 2010 als Anlaufstelle für progressive Linke, für SympathisantInnen, für Parteimitglieder und solche, die es noch werden könnten, für PraktikantInnen bei der europäischen Kommission oder im Europaparlament. Die Basisorganisationen der LINKEN, die im Ausland bestehen, gehören zum Bezirksverband Berlin Mitte. Und so schreiben wir regelmäßig für das Mitglieder magazin »Mittendrin«, und kommen auch zu Veranstaltungen unseres Bezirksverbands – soweit es eben die 770 Kilometer zwischen Brüssel und Berlin zulassen. Wir freuen uns jederzeit über neue Gesichter in unserer Runde. Dabei ist es egal, ob jemand fest in Brüssel wohnt oder nur einige Monate hier ist. Jede und jede, die an europäischer Lokalpolitik – oder lokaler Europapolitik – interessiert ist, ist bei uns herzlich willkommen! ▶

Manuela Kropp und Thilo Janssen sind SprecherInnen der Basisorganisation Brüssel DIE LINKE

Bitte einbringen!

Wem gehört die Stadt? Wem gehört DIE LINKE? Ein Jahr Rot-Rot-Grün und tausend neue Mitglieder im Landesverband Berlin **VON SEBASTIAN KOCH**

Als Berliner LINKE liegt ein erfolgreiches und erfolgreiches Jahr 2017 hinter uns: Wir regieren nun seit einem Jahr zusammen mit SPD und Grünen und können schon eine ganze Reihe konkreter Verbesserungen für die Mehrheit der BerlinerInnen vorweisen. Wir haben einen lebendigen Bundestagswahlkampf geführt, haben dabei unser Ergebnis von 2013 steigern können und sind in der Berliner Innenstadt mit Abstand sogar stärkste Partei geworden. Und: Wir haben rund 1.000 neue Mitglieder gewonnen, die mit uns für eine bessere Welt streiten wollen.

Dieses erfolgreiche Jahr stellt uns als Partei vor einige Herausforderungen. Wir wollen als Berliner LINKE nicht nur Zuschauer der Landesregierung sein, sondern die Politik des Senats aktiv mitbestimmen. Die Aufgabe der Partei darf schließlich nicht nur darin bestehen, alle paar Jahre den Wahlkampf zu stemmen und sich dann zurückzulehnen. Dafür suchen wir auch nach einem Jahr »2g« immer noch nach geeigneten Formaten. Wir wollen die inhaltlichen Diskussionen so gestalten, dass jedes Mitglied sich einbringen kann – auch ohne Fachexpertin oder Fachexperte zu sein. Mit unseren offenen Basiskonferenzen haben wir erste gute Erfahrungen gemacht. Dort haben wir unsere SenatorInnen mit VertreterInnen stadtpolitischer Initiativen, den Landesarbeitsgemeinschaften der Partei und interessierten GenossInnen zusammengebracht, um gemeinsam Erfolge und Herausforderungen zu diskutieren. Die Mitglieder der LINKEN sind die wichtigsten MultiplikatorInnen für unsere Politik in Senat und Parlament. Nur wenn wir diese Politik gemeinsam entwickeln, darüber diskutieren und uns gegenseitig informieren, können wir dafür auch in der Stadt mit Überzeugung werben. Im kommenden Jahr wollen wir zusätzlich thematische Ratschläge organisieren um unsere politischen Ideen für Berlin auch über unser letztes

Wahlprogramm oder den Koalitionsvertrag hinaus weiterzuentwickeln. Das Wissen und die Erfahrungen unserer rund 8.000 Mitglieder sind dabei eine der wichtigsten Quellen.

Darüber hinaus müssen wir die vielen Neuen bei uns willkommen heißen. Zu Recht erwarten die über tausend Neumitglieder von der LINKEN, sich nach ihren Möglichkeiten und Vorstellungen in unsere Strukturen einbringen zu können. Dabei wissen nur die wenigsten, wie politische Arbeit in einer Partei eigentlich genau funktioniert und was man dort alles machen kann. Aus vielen Diskussionen mit alten und neuen Mitgliedern haben wir daher in den vergangenen Monaten Ansätze für eine Stärkung der Mitgliederarbeit erarbeitet. Wir wollen DIE LINKE in Berlin zu einer starken Mitmach-Partei entwickeln. Für uns sind die Mitglieder nicht bloße Konsumierende, denen man alles vorsetzt. Vielmehr setzen wir auf Selbstermächtigung und darauf, dass die Mitglieder ihre Partei so gestalten können, wie sie es wünschen.

Spaß darf nicht zu kurz kommen

Beispielhaft steht dafür die »Arbeitsgruppe Mitgliederarbeit«, die wir beim Landesvorstand eingerichtet haben. In dieser AG sind nicht nur Vorstandsleute, sondern vor allem neue Mitglieder engagiert, die selbst erst vor kurzem bei uns eingetreten sind. Sie wissen am besten, welche Bedürfnisse neuen GenossInnen mitbringen und welche Hindernisse sich bei der Mitarbeit in der LINKEN auftun. In der Arbeitsgruppe können sie die Mitmach-Möglichkeiten weiterentwickeln, etwa wenn es um die Ausrichtung unserer landesweiten Neumitgliederveranstaltung oder die Inhalte unserer Begrüßungsbroschüre geht. Unsere Aufgabe als Landesvorstand sehen wir darin, Möglichkeiten zu schaffen, die Arbeit der

Landespartei selbst in die Hand zu nehmen.

Oft wird uns von neuen Mitgliedern erzählt, dass sie selbst zwar wenig Zeit haben und auch die regelmäßige Teilnahme an Versammlungen kaum möglich ist, sie aber gern ihre spezifischen Fähigkeiten in die Partearbeit einbringen wollen. Die eine kann vielleicht besonders gut Veranstaltungen organisieren, ein anderer ist gut im Fotografieren und die dritte hält gern Vorträge über die Geschichte der Arbeiterbewegung. Diese Angebote wollen wir systematisch erfassen und damit für uns als Partei im Land und vor Ort nutzbar machen.

Besondere Hürden für die Mitarbeit existieren für GenossInnen mit Kindern und für jene, die Pflegearbeit leisten. An Sitzungen am Abend können sie nicht teilnehmen, weil das Kind ins Bett gebracht werden muss oder Veranstaltungen am Wochenende können sie nicht besuchen, weil sie sich um Angehörige kümmern. Für diejenigen unter uns, die seit langem in der Partei mitarbeiten, sind solche Hindernisse vielleicht kaum sichtbar – aber es gibt sie, und wir wollen sie abbauen. Das kann durch eine Mitarbeit in Gremien per Videoübertragung oder die Nutzung von Online-Werkzeugen geschehen.

Ziemlich genau die Hälfte der Neumitglieder im Jahr 2017 sind unter 30 Jahren alt, zwei Drittel von ihnen sind männlich. Die 26- bis 30-Jährigen sind in Berlin in der männlichen Mitgliedschaft mittlerweile die größte Gruppe. Bei den Frauen ist die größte Gruppe nach wie vor mit Abstand die der 86-jährigen und darüber hinaus. Während wir uns also einerseits über die steigende Zahl jüngerer GenossInnen freuen können, macht uns Sorge, dass der Anteil der Frauen stetig abnimmt. Auch aus diesem Grund wollen wir ein Mentoring-Programm entwickeln, das gezielt Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund anspricht und diese für die Mitarbeit

WAS UND WIE

Während wir uns also einerseits über die steigende Zahl jüngerer GenossInnen freuen können, macht uns Sorge, dass der Anteil der Frauen stetig abnimmt.

und die Übernahme von Funktionen gewinnen soll. Auch wollen wir mit daran arbeiten, die Strukturen und Arbeitsweise unserer Partei für die Mitarbeit von Frauen und für Menschen mit Migrationshintergrund attraktiver zu gestalten.

Neben der inhaltlichen Arbeit und der Weiterentwicklung unserer Organisation kommt eine Überlegung oft zu kurz. Wir sind alle freiwillig Mitglied in der LINKEN geworden, um gemeinsam die Welt zu verändern. Wir diskutieren gern und viel – häufig sehr engagiert, mitunter sogar verbissen. Doch bei all dem darf auch der Spaß nicht zu kurz kommen.

Lasst uns hin und wieder nach einer Sitzung gemeinsam ein Bier, eine Limo oder einen Wein trinken oder uns zum Picknicken im Park treffen. Denn wenn wir schon unsere Freizeit in DIE LINKE einbringen, dann soll Parteiarbeit auch Spaß machen. Jenseits von langatmigen Versammlungen können wir uns so von einer ganz anderen Seite kennenlernen. Und sicher hilft das, unsere Diskussionen respektvoll und solidarisch zu führen.

Diese Ansätze mögen uns banal oder selbstverständlich vorkommen. Die Erfahrungen vieler GenossInnen sprechen aber eine andere Sprache.

In diesem Sinne möchte ich alle Mitglieder – egal, ob schon lange oder erst seit kurzem dabei – ermutigen, sich aktiv in die Parteientwicklung einzubringen. Welche Themen wollen wir entwickeln? Wie wollt ihr euch engagieren? Was müssen unsere Strukturen leisten? Wie sollen unsere Veranstaltungen ablaufen? Nur wenn wir diese und andere Fragen zusammen beantworten, können wir DIE LINKE in Berlin und im Rest des Landes zu einer wirklichen Mitmach-Partei entwickeln. ◀

Sebastian Koch ist Landesgeschäftsführer des Landesverbandes DIE LINKE Berlin



Politik machen mit guter Laune und netten Leuten: Wahlkampf 2015 auf dem Alexanderplatz in Berlin
Foto: DIE LINKE Berlin



Neu orientieren

Gemeinsam Handeln statt Einheit auf dem Papier. Warum ich als Gewerkschafterin die Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis unterstütze VON ULRIKE EIFLER

Wie sehr politische Entscheidungen gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändern können, zeigt ein Blick auf die vergangenen zwanzig Jahre. Die neo-liberalen Arbeitsmarktreformen unter Rot-Grün haben zu einer Ausweitung von Leiharbeit, Befristung und unfreiwilliger Teilzeit geführt und sind von keiner ihrer Nachfolgeregerungen korrigiert worden. Sie haben es Arbeitgebern leicht gemacht, ihr unternehmerisches Risiko auf die Beschäftigten abzuwälzen. Belegschaften sind seither erpressbarer und die Gegenwehr im Betrieb ist schwieriger geworden. Die geplanten Masseneinstellungen bei Siemens, Tariffucht in immer mehr Bereichen, der Personalmangel, der nicht nur die Krankenhäuser und Pflegeheime betrifft, und nicht zuletzt der Angriff der Arbeitgeber auf die 35-Stunden-Woche in der aktuellen Tarifauseinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie sind direkte Folge dieser Politik.

Als Gewerkschafterin bin ich froh über die Initiative für ein Neues Nor-

malarbeitsverhältnis, wie sie Bernd Riexinger (siehe DISPUT 1/2018) vorgeschlagen hat. Sie ist als Impuls für die strategische Debatte zu verstehen und muss von den Gewerkschaften aufgegriffen werden. Die Orientierung auf ein neues Normalarbeitsverhältnis ist der Versuch, die Diskussion um Sozialstaat und Arbeitsmarkt, die seit zwanzig Jahren neoliberal dominiert wird, vom Kopf auf die Füße zu stellen und die Themen der Beschäftigten in den Vordergrund zu schieben: existenzsichernde Einkommen statt Hungerlöhne, sichere statt prekäre Arbeit, Tarifverträge statt Tariffucht, mehr Personal statt Dauerstress.

Wie notwendig das ist, zeigt das Beispiel Arbeitszeit: Im vergangenen Jahr wurden in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Kitas, im Öffentlichen Dienst und in der Industrie so viele Überstunden geleistet, dass die Beschäftigten faktisch für 600.000 Kolleginnen und Kollegen mitgearbeitet haben. Arbeit ist mittlerweile so verdichtet, dass krankmachender Dauerstress zur Normalität geworden ist.

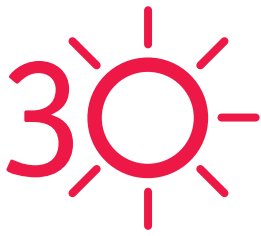
Die strategische Frage, die sich daraus ableiten lässt, lautet also: 600.000 zusätzliche Arbeitsplätze oder Millionen Überstunden, die oft nicht mal bezahlt werden – welche Arbeitsbedingungen sollen in Zukunft normal sein und für welche neue Normalität sind wir bereit zu kämpfen?

Die Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis kann aus zwei Gründen zu einem neuen Orientierungspunkt für gewerkschaftliches Handeln werden. Sie kann erstens den gesellschaftspolitischen Blick der Gewerkschaften schärfen und zu einem Impuls für die Wahrnehmung des Politischen Mandats werden. Und sie muss zweitens als Angebot an die Einheitsgewerkschaft verstanden werden.

Politisches Mandat

Bei der Diskussion über das Politische Mandat der Gewerkschaften, die im Übrigen bis weit in die Anfänge der Arbeiterbewegung zurückreicht, geht es im Kern um die Frage, ob die Gewerkschaften sich auf die Lösung der ökonomischen Fragen konzentrieren und die politischen Fragen an eine Partei übertragen sollten oder ob nicht beides zusammengehört. Rosa Luxemburg hat in der Massenstreikdebatte argumentiert, dass eine Gewerkschaftsbewegung, die sich in ihrer täglichen Arbeit nur auf ökonomische Fragen beschränkt, zu einer Bewegung ohne Ziel wird. Für sie gehörten politische und ökonomische Fragen zusammen.

Damals wie heute haben politische Entscheidungen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Es muss also darum gehen, betriebspolitische Fragen gesellschaftspolitisch zu stellen. Welchen Einfluss haben Hartz IV, Rente mit 67 oder das Tarifeinheitsgesetz auf gewerkschaftliche Gegenwehr im Betrieb? Welchen Wert hat eine gemeinsam erkämpfte Tarifierhöhung, wenn Kommunen un-



Arbeit **besser** bezahlen, **gerecht** verteilen. Schöner **Leben**.

ter dem Druck der Schuldenbremse Gebühren erhöhen? Was nutzt eine durchgesetzte Arbeitszeitverkürzung, wenn die Beschäftigten die dazugewonnene Freizeit als Pendler im Stau verbringen, weil die Investitionen in Straßenbau und ÖPNV ausbleiben? All das zeigt: Ökonomische und politische Fragen gehören zusammen und können nicht getrennt voneinander gelöst werden.

Hinzu kommt, dass es ungerecht eine rot-grüne Bundesregierung war, die zwar mit dem Rückenwind der Gewerkschaften zustande kam, die aber wie keine andere Regierung zuvor die Demontage des Sozialstaates vorangetrieben hat. Das Delegieren politischer Belange an eine Partei hat die Gewerkschaften empfindlich geschwächt. Diese Erfahrung lähmt sie bis heute. Die Konsequenz daraus muss das selbstbewusste Eintreten für die Interessen der Beschäftigten auf der betrieblichen wie der politischen Ebene sein.

Angebot

Nach 1945 haben sich die Gewerkschaften als Konsequenz aus der Niederlage gegen den Faschismus auf dem Boden der Einheit formiert – eine Gewerkschaft für alle, unabhängig von Branchenzugehörigkeit, konfessioneller Orientierung oder parteipolitischer Präferenz. Eine für alle, weil es die Einheit ist, die stärkt. Aber zur Wahrheit gehört auch: Die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933 war vor allem eine kampflose Niederlage. Einheit sollte also kein Selbstzweck sein, sondern als Voraussetzung zur Handlungsfähigkeit verstanden werden. Die Formierung der Einheitsgewerkschaft muss das gemeinsame Handeln nach sich ziehen.

Die politische Polarisierung und das Erstarken der AfD zeigen wie notwendig es ist, Gewerkschaftsarbeit nicht geschichtslos zu betreiben. Gleichzeitig aber lässt sich die Not-

wendigkeit für die Einheit heute nicht mehr allein aus dem historischen Versagen der Arbeiterbewegung begründen. Die Arbeiterklasse heute ist in Gruppen gespalten, die als Angestellte, Industriearbeiter, Leiharbeiter, Crowdworker oder prekär Beschäftigte unterschiedliche Erfahrungen machen und dabei verschiedene Interessen entwickeln. Die Notwendigkeit der Einheit heute ergibt sich aus diesem Zustand der Zersplitterung und verpflichtet uns, Wege zu finden, die Beschäftigtengruppen zusammenzuführen.

Als Beschäftigte des Deutschen Gewerkschaftsbundes sage ich: Einheit auf dem Papier reicht nicht. Es braucht einen starken Dachverband, dessen Politik mehr sein muss als die des kleinsten gemeinsamen Nenners seiner acht Mitglieder. Die Einheitsgewerkschaft muss sich durch gemeinsames Handeln auszeichnen. Die politische Debatte, der konstruktive Streit, das Ringen um Einschätzungen und der strategische Austausch sind dafür die Voraussetzung.

Die Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis gibt eine neue Antwort auf die alte Verpflichtung zur Einheit. Sie unternimmt den Versuch, zusammenzuführen und die Probleme der unterschiedlichen Beschäftigtengruppen mit dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu »umklammern«. Wenn es den Gewerkschaften gelingt, diese Initiative nicht als parteipolitischen Vorstoß zu verstehen, sondern als einen Impuls für eine neue gewerkschaftspolitische Debatte, kann daraus das gemeinsame Handeln folgen, das uns spüren lässt, dass wir trotz aller Zersplitterung in der zentralen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit die gleichen Interessen haben. ◀

Ulrike Eifler ist Regionsgeschäftsführerin des DGB Südostthessen und im SprecherInnenrat der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft.

Die Initiative

Der Vorsitzende der LINKEN Bernd Riexinger hat zu einer Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis aufgerufen: für eine Arbeitszeit, die zum Leben passt. Das sind um die 30 Stunden in der Woche. Natürlich kann das nicht von heute auf morgen durchgesetzt werden. Dafür braucht es gemeinsame Anstrengungen von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Erwerbsloseninitiativen und anderen interessierten Gruppen – und möglichst vielen aktiven Mitgliedern der LINKEN. Den Vorschlag für ein Neues Normalarbeitsverhältnis »Gute Arbeit für alle« könnt ihr als Broschüre für Diskussionen in den Kreisverbänden oder Gewerkschaften bei Bernd Riexingers Büro bestellen. Er und seine Mitarbeiterin Lia Becker stehen für Diskussionsveranstaltungen zur Verfügung.

Die nächsten Schritte für dieses Jahr:

- Im ersten Halbjahr 2018 veranstaltet die BAG Betrieb & Gewerkschaft regional Diskussionsabende zum Thema;
- ein Workshop mit jungen KollegInnen aus verschiedenen Gewerkschaften im März;
- Ende April wird die Rosa Luxemburg Stiftung eine Tagung zum Thema veranstalten
- Bei der LINKEN Woche der Zukunft vom 13. bis 16. September in Berlin wird die Diskussion öffentlichkeitswirksam fortgesetzt.

Höhepunkt soll eine große Gewerkschaftskonferenz Ende des Jahres sein.

Sozial-ökologisch denken

DIE LINKE macht es Menschen, die die Systemfrage stellen und Klimawandel oder nachhaltige Industriemodelle mitdenken, nicht immer leicht, sagt **STEFFEN KÜHNE**

Zum Einstieg ganz direkt: Warum sollte sich DIE LINKE stärker um ökologische Fragen kümmern?

Ganz einfach, weil sie es bisher noch viel zu wenig tut! Wenn DIE LINKE sich und ihren Anspruch an gesellschaftliche Veränderung ernst nimmt, dann muss sie ihr Profil an dieser Stelle breiter aufstellen und kann das Thema nicht weiter so nebenher laufen lassen. Die natürlichen Lebensgrundlagen sind eine der größten Baustellen für jetzt lebende Generationen. Wer da soziale und ökologische Fragen als zwei verschiedene Dinge oder sogar gegeneinander diskutiert, hat eigentlich den Knall nicht gehört.

Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl heißt es: »Wir müssen uns entscheiden, was wir retten wollen: Kapitalismus oder Klima.« So gesehen scheint es aus linker Sicht da keinen Zweifel zu geben. Woran hakt es also?

Da hat das Programm auf jeden Fall Recht. Der Kampf gegen den Klimawandel bietet beste Voraussetzungen für linke Politik, an einem Thema mit großer Aufmerksamkeit

die darin brodelnde Gerechtigkeitsfrage aufzumachen. Immerhin entscheiden wir gerade über die Chancen künftiger Generationen, auf den bewohnbaren Resten des Planeten die gerechtere Gesellschaft überhaupt noch aufbauen zu können, in der dann die Forderung »Genug für alle« auch wirklich umgesetzt wird. Gleichzeitig tun sich viele Linke schwer mit dem Thema, weil wir allesamt in Vorstellungen und Bildern von Fortschritt und Glück verwurzelt sind, von denen wir etliche über Bord schmeißen müssten. Und das ist natürlich nicht einfach. Die Wahrheit bleibt aber, dass das gu-

te Leben, das ja für alle erkämpft werden soll, bisher in Wirklichkeit fast immer nur auf Kosten anderer und der planetarischen Grenzen zu haben war. Da stehen wir alle, und nicht nur als LINKE, noch ziemlich am Anfang eines notwendigen Umdenkens.

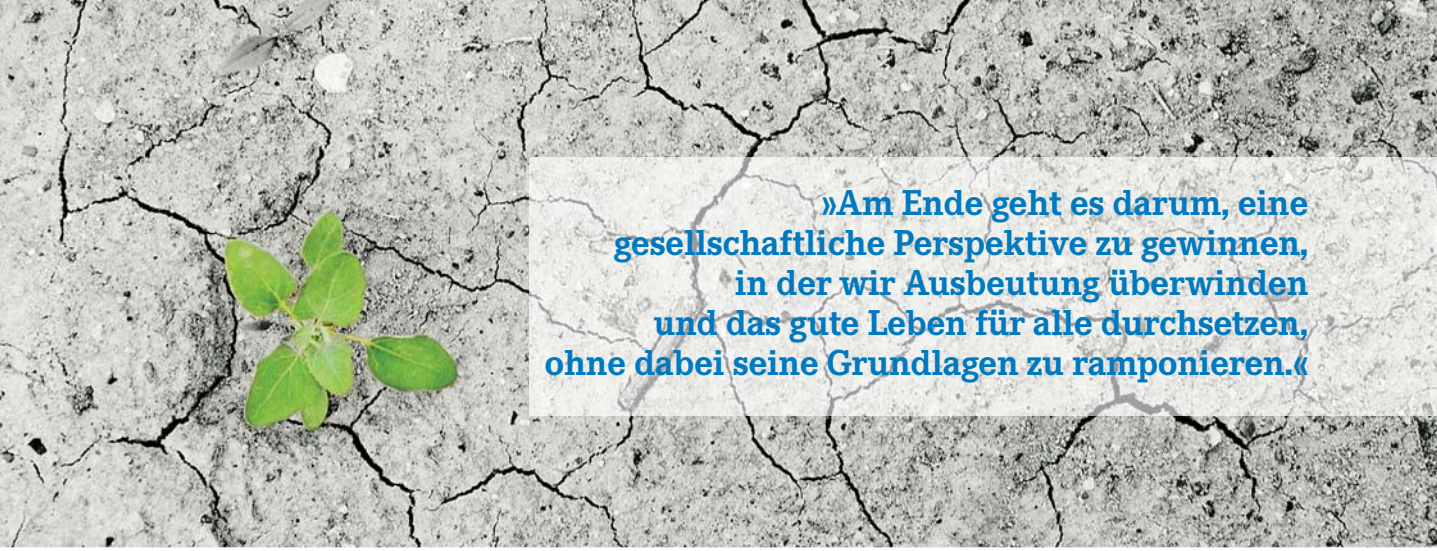
Auf der programmatischen Ebene bietet DIE LINKE mit dem sozial-ökologischen Umbau eine wirkliche politische Alternative. Warum findet das nicht mehr Unterstützung?

Die Unterstützung wächst, aber noch zu langsam. DIE LINKE macht es im Moment Menschen, die die Systemfrage stellen und dabei auch den Klimawandel, Wachstumskritik oder nachhaltigere Industriemodelle mitdenken, nicht immer leicht, bei ihr anzudocken. Obwohl der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft Kern unserer Erzählung ist, scheuen wir uns an vielen Stellen, wirklich über konkrete Schritte hin zu dieser Transformation zu sprechen. Deswegen teilen zwar viele unsere Kritik an Ausbeutung, Kriegen, krasser Ungleichheit und Naturzerstörung, trauen uns aber nicht wirklich zu, auch praktische Lösungen zu liefern. Wer genauer hinschaut, wie der Klimawandel wirkt und auf welche Verwerfungen wir da zusteuern, muss sich der sehr begrenzten Lösungskompetenzen des jetzigen Gesellschaftssystems klar werden. Im Grunde bleiben Menschen, die einmal verstanden haben, wie maßgeblich der Kapitalismus mit diesem Scheitern an den ökologischen Herausforderungen zu tun hat, gar nicht viele andere Wahloptionen als DIE LINKE. Viele von denen geben uns in Gesprächen aber mit, dass sie da deutlich mehr erwarten. Ich drücke uns die Daumen, dass alle, die jetzt neu dazu stoßen und denen diese Themen wichtig sind, lange genug durchhalten, bis sich die Partei mit ihrer Unterstützung entsprechend geändert hat.

STEFFEN KÜHNE

Steffen Kühne ist Sozialwissenschaftler und arbeitet als Referent für sozial-ökologischen Umbau und stellvertretender Direktor der Akademie für Politische Bildung bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Nach Feierabend engagiert er sich bei ver.di, in der LINKEN und für einen zeitnahen Kohleausstieg.





»Am Ende geht es darum, eine gesellschaftliche Perspektive zu gewinnen, in der wir Ausbeutung überwinden und das gute Leben für alle durchsetzen, ohne dabei seine Grundlagen zu ramponieren.«

Der sozial-ökologische Umbau dürfte eine längerfristige Aufgabe sein. Gibt es konkrete Beispiele, wo es LINKER Politik gelingt, diesen Wandel hier und jetzt anzugehen?

Es gibt sie, aber zu selten. Vor allem auf kommunaler Ebene initiieren und unterstützen Linke bereits viele Schritte in die richtige Richtung. Aus diesen guten und schlechten Erfahrungen, die es vielerorts gibt, müssen wir Lösungen bauen, die modellfähig sind. Beim Umbau ganzer Industrieregionen wird das natürlich kompliziert. Und da sollten wir auch nicht so tun, als hätte DIE LINKE einen Masterplan zur Hand, wenn man sie denn nur mal machen ließe. Erfahrungen des Gelingens, wie etwa eine komplette Kohleregion so umgebaut werden kann, dass Tausende ihre abgesicherten, gewerkschaftlich organisierten und hoch anerkannten Jobs in gleicher Qualität vor Ort ersetzt bekommen, können wir jedenfalls nicht wirklich aus dem Hut zaubern. Solche Patentrezepte hat aber auch sonst niemand parat. Trotzdem ist der Umbau der Industrie an vielen Stellen nötig. Ein Grund mehr, uns mit den Beschäftigten, den Kommunen und den Protesten hinzusetzen und Alternativen zu diskutieren, statt uns schreckhaft auf die Seite derer zu schlagen, die so tun, als könnten wir einfach möglichst lange so weitermachen wie bisher. Das hat am Ende weder etwas mit Solidarität zu tun noch wird es funktionieren.

Wer sind aus deiner Sicht die treibenden Kräfte für einen sozial-ökologischen Umbau? Wird DIE LINKE da als politischer Partner wahr- und angenommen?

Wenn wir von sozial-ökologischem

Umbau reden, dann brauchen wir eigentlich so ziemlich alle. Als demokratische Partei ringt DIE LINKE um gesellschaftliche Mehrheiten, die sie ganz allein auf absehbare Zeit nicht organisieren kann. Bündnisse für etwas wirklich Neues, aus treibenden und zögernden Kräften, werden nur zu Stande kommen, wenn es uns gelingt, andere Formen zu produzieren und sie zu leben vorstellbar zu machen. Durch ihre Beziehungen zu Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und anderen gesellschaftliche Gruppen kann DIE LINKE dazu beitragen, Räume zu schaffen, in denen Wandeloptionen erforscht, erprobt und breit diskutiert werden – und aus denen heraus dann auch gemeinsamer Druck für Veränderungen entstehen muss. Wo DIE LINKE auf Augenhöhe mitarbeitet und sich langfristig einbringt, funktioniert diese Kooperation gut. Insgesamt sehe ich aber auch noch viel Luft nach oben. So könnten die Beziehungen zu den Umweltverbänden und -bewegungen vielerorts noch deutlich ausgebaut werden.

Laut Fahrplan 2018 soll die Frage, wie das sozial-ökologische Profil der LINKEN weiterentwickelt werden kann, »mit etwas längerer Perspektive« diskutiert werden. Was sollten die zentralen Themen und strategischen Fragen sein?

Zu einem glaubwürdigen sozial-ökologischen Profil kommt DIE LINKE, wenn sie das, was an Programmatik längst vorliegt, ernster nimmt. Zum Glück mangelt es nicht an guten Vorschlägen. Auf allen Ebenen, von der kommunalen bis zur europäischen, gibt es jede Menge Konzepte und Politikvorschläge. Es hapert aber noch an der Konsistenz, diese Ideen miteinander zu verknüpfen und Widersprüchliches dar-

in ausdiskutieren. Werden diese notwendigen Debatten verschleppt oder gedeckelt, weil sie mitunter unbequem sind, wird uns das früher oder später auf die Füße fallen. Das gilt zum Beispiel für Fragen der Lebensweise. Es ist in Ordnung, von links anzumerken, dass »kritischer Konsum« und individualisierte Verantwortung keine Lösung sind. Klar, was wir brauchen, sind gesellschaftliche Antworten. Man muss aber als LINKE auch sagen, dass die Vorstellung von Wohlstand und gutem Leben, die wir alle haben, in vielerlei Hinsicht keine zukunftsfähigen Modelle mehr sind, weil sie auf einer globalen Ebene absolut zerstörerisch sind. Viele haben Angst, dass es uns als Verzichtsdiskurs ausgelegt wird, wenn wir die ökologische Frage wirklich radikal diskutieren – den Irrsinn des Wachstumswahns, die Endlichkeit der Ressourcen und den krass ungleich verteilten Zugriff darauf. Mir scheint aber die Gefahr viel größer, uns selbst überflüssig zu machen, wenn wir uns dieser Herausforderung nicht stellen. Am Ende geht es darum, eine gesellschaftliche Perspektive zu gewinnen, in der wir Ausbeutung überwinden und das gute Leben für alle durchsetzen, ohne dabei seine Grundlagen zu ramponieren. Eigentlich bin ich optimistisch, dass wir hierbei in Zukunft viele tolle Leute kennenlernen werden. Sie zu überzeugen, an uns zu binden und gleichzeitig sozial-ökologisches Denken fester im linken Selbstbild zu verankern, das ist auch ein Kampf um die Zukunft der Partei. Das und nicht weniger müssen wir schaffen, wenn wir als glaubhafte gesellschaftliche Alternative in den Ring steigen wollen.

Interview: Judith Gouverneur

Gute Medizin für alle

In den Niederlanden sind die Krankenkassen privatisiert worden. Die Sozialistische Partei kämpft für einen staatlichen Gesundheitsdienst **VON MAY NAOMI BLANK**

In den Niederlanden hat die Regierungsbildung nach den Wahlen im März 2017 mit fast sieben Monaten so lange gedauert wie noch nie seit dem 2. Weltkrieg. Ein Grund: die hitzige Debatte der liberalen und konservativen Koalitionäre über die Gesundheitsversorgung. Denn der Widerstand gegen die 2006 erfolgte Privatisierung der Krankenkassen wächst.

Das ist ein Erfolg der Sozialistischen Partei der Niederlande (SP). Kurz nach der Wahl des neuen Parteivorsitzenden Ron Meyer startete die SP 2016 eine große Kampagne zur Deprivatisierung der Krankenkassen. Die Partei will die privaten Krankenversicherungen ablösen durch einen staatlichen Gesundheitsdienst nach englischem Vorbild, dem »Nationalaal ZorgFonds«. Eine Viertelmillion UnterstützerInnen unterzeichneten einen von der SP lancierten Aufruf zur Übernahme aller Kosten der medizinischen Versorgung durch einen staatlichen Gesundheitsdienst. 10.000 DemonstrantInnen gingen im Februar in der Hauptstadt Den Haag für diese Forderung auf die Straße.

Seit 2006 gibt es in den Niederlanden nur noch private Krankenversi-

cherer. Das führte zu einer Fusionswelle auf dem Versicherungsmarkt. Mittlerweile werden 90 Prozent des Marktes von vier großen Unternehmen beherrscht. Gleichzeitig sind die Kosten für Privatpersonen enorm gestiegen. Ein Sockelbetrag für Eingriffe, Medikamente und ähnliches muss von den Patienten selbst getragen werden. Dieses »Eigenrisiko« ist von 150 Euro auf mittlerweile 385 Euro gestiegen. Den Selbstkostenbeitrag können Versicherte auf bis zu 850 Euro erhöhen und so die monatlichen Beiträge senken. Das ist besonders für Menschen mit niedrigem Einkommen verlockend – doch gerade für sie sind hohe Eigenanteile für medizinische Behandlungen fatal.

Größere Belastung

Während für PatientInnen Krankheit zum finanziellen Risiko geworden ist, haben sich für die Beschäftigten im Gesundheitswesen die Arbeitsbedingungen drastisch verschlechtert. Die Vergütung der einzelnen Behandlungsschritte wird zwischen Krankenversicherungen und »Pflegean-

bietern« ausgehandelt. Weil jede Handlung dokumentiert und in einer bestimmten Zeitspanne erbracht werden muss, haben der Verwaltungsaufwand und der Zeitdruck für das Pflegepersonal stark zugenommen. Außerdem weigern sich die Krankenversicherungen, Tätigkeiten zu bezahlen, die nicht explizit medizinisch sind. In der Altenpflege bekommen PflegerInnen etwa die Reinigung der Wohnungen oder Einkäufe nicht mehr vergütet. Für diese Tätigkeiten werden jetzt oft Ungelernte, StudentInnen oder LeiharbeiterInnen eingesetzt. Die entlassenen Fachkräfte wurden von neu gegründeten Betrieben angestellt, aber zu wesentlich schlechteren Konditionen und niedrigeren Löhnen. Diese flächendeckende Unterhöhung von Arbeitsstandards alarmierte die Gewerkschaftsföderation FNV und die SP.

Die SP baute über Jahrzehnte hinweg Strukturen im Gesundheitsbereich auf. Schon in ihrer Gründungszeit in den 1970er Jahren öffnete die Partei Hausarztpraxen, in denen ärztliche Behandlung und Vorsorge zu günstigen Preisen angeboten wurde. Als sich Anfang der 2000er Jahre die

Bis zu

850

Euro kann der Eigenanteil im Krankheitsfall betragen.

7,2

Jahre leben Männer in den Niederlanden aus der höchsten Einkommensklasse länger als Männer aus der niedrigsten.

1,900.000.000

Euro Gewinn haben die privaten Krankenversicherungen in den Niederlanden 2014 gemacht.

neoliberalen Reformen abzeichneten, unterstützte die SP die Gegenbewegung der Beschäftigten. Neben PflegerInnen konnte sie auch PsychotherapeutInnen, ÄrztInnen und ApothekerInnen ansprechen und langfristig an die Partei binden.

Diese Verankerung im Gesundheitssektor geht einher mit einer verstärkten Kooperation mit dem Bündnispartner FNV. Die Gewerkschaftsföderation FNV war ursprünglich sozialpartnerschaftlich ausgerichtet. Heute steht nur noch die Führungsetage der FNV-Gewerkschaften mehrheitlich der Sozialdemokratie nahe. In mittleren Führungspositionen identifizieren sich mehr und mehr Mitglieder mit der SP. Ein Beispiel für die Kooperation der SP mit den FNV-Gewerkschaften: 2015 streikten die Rettungssanitäter vier Wochen lang. In Zusammenarbeit mit den Sanitätern schrieb die SP eine Petition und übergab sie dem Parlament; die Gesundheitsministerin beschloss daraufhin, weitere Deregulierungsmaßnahmen bis 2020 ruhen zu lassen. Die Sanitäter setzten durch, dass die Löhne um 7,5 Prozent angehoben wurden. Seither dürfen keine LeiharbeiterInnen mehr eingesetzt werden und Mitarbeiter über 57 Jahren dürfen nicht mehr zu Nachtdiensten verpflichtet werden.

Gesundheitsfonds

Die Vernetzung im Gesundheitssektor und die Zusammenarbeit mit Bündnispartnern in kleineren Arbeitskämpfen bereiteten den Weg für das Projekt Nationaal ZorgFonds, die bislang offensivste Kampagne der SP. 2014 präsentierte die Partei erstmals den Plan für einen nationalen Gesundheitsdienst und ließ die Kosten berechnen. Sie formulierte zwei Ziele: Erstens die Abschaffung der privaten Versicherungsgesellschaften und die Einführung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes, der die



Aufgabe der Krankenkassen übernehmen soll, und zweitens die Aufhebung des eigenen Risikobeitrags. Der nationale Gesundheitsfonds soll eine einheitliche Krankenversicherung für alle Bürger sein, die auch Physiotherapie, Zahnarztbehandlungen und Psychotherapie umfasst. Mit der Aufhebung von Zusatzversicherungen soll die Zweiklassenmedizin zurückgedrängt werden.

Kampagne

Kern der Kampagne ist eine Petition, die bislang rund 250.000 Menschen online oder offline unterzeichnet haben, lokalen Infotreffen im ganzen Land und dem Aufruf zu einer Großdemonstration in Den Haag vor dem Parlamentsgebäude. Es wurden regionale Aktionskomitees gebildet, die Informationsmaterial verteilen und die Kontaktdaten von UnterstützerInnen sammeln. Ziel der SP ist es, Menschen zu aktivieren und zu politisieren. Daher werden nicht bloß Unterschriften gesammelt und diese der Regierung vorgelegt. Unterstützer tragen ihren Namen, Telefonnummer und Wohnort in die Listen ein. Im Büro der SP in Amersfoort arbeiten drei Angestellte, die täglich neue UnterstützerInnen anrufen und sie fragen, wie sie bei der Kampagne mitmachen wollen. Sie können sich zum Beispiel dem Telefenteam als Freiwillige anschließen, bei der Organisation von Informationsabenden helfen,

Zu bestellen bei der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin.
Oder im Internet unter
www.rosalux.de

Pakete mit Aktionsmaterial packen und an andere UnterstützerInnen schicken, oder, wenn sie Fachkenntnisse im Gesundheitsbereich haben, am konzeptionellen Plan für die Umsetzung des Nationalen Gesundheitsfonds mitarbeiten. Indem auch der Wohnort abgefragt wird, kann die Kampagnenführung UnterstützerInnen nach Postleitzahlen gruppieren und gezielt zu Aktivitäten in ihrer Region einladen. Viele der UnterstützerInnen des Zorgfonds schließen sich auch Ortsgruppen der SP an.

Die Kampagne gilt als sehr erfolgreich. Noch vor wenigen Jahren wäre es kaum möglich gewesen, Unterstützung für Forderungen zu Deprivatisierung zu erhalten. Stattdessen wurde jedes Jahr erneut debattiert, um wie viel die Selbstbeteiligung steigen würde. Inzwischen ist das Eigenrisiko eine der größten Streitfragen zwischen den Koalitionspartnern. Die Regierung erhöhte den Selbstkostenbeitrag nicht, jedoch steigen die monatlichen Beiträge.

Bei den Wahlen 2017 konnte die SP trotz der erfolgreichen Kampagne keine Wählerstimmen gewinnen und stagnierte bei 9,1 Prozent. Ein Grund könnte sein, dass die Partei andere Themen vernachlässigte. Die Debatte zu Migration und Rassismus etwa wurden im Wahlkampf von der rechtspopulistischen PVV bestimmt.

Jetzt muss sich zeigen, ob die SP Druck auf die neue Regierung ausüben kann. Kann die SP das Netzwerk, das sie im Gesundheitsbereich aufgebaut hat, zu einer außerparlamentarischen Bewegung ausbauen? Die Kampagne zum nationalen Gesundheitsfonds verdient über die niederländischen Grenzen hinweg Aufmerksamkeit. Die SP konnte die öffentliche Diskussion zum Gesundheitssystem auf den Kopf stellen, mit wichtigen strategischen Folgerungen: Hat die Kampagne Erfolg, dann könnte es auch in anderen öffentlichen Sektoren zu Initiativen für eine Rekommunalisierung kommen. ◀

Zukunftsfähige Erzählung

MARTIN SCHIRDEWAN ist neuer Abgeordneter im Europäischen Parlament. Über den Kampf für eine solidarische und demokratische EU gegen Neoliberalismus und politische Rechte

Bevor ich im November 2017 meine Arbeit im Europäischen Parlament aufgenommen habe, war ich seit dem Jahr 2015 als Büroleiter des Europabüros Brüssel der RLS tätig. Die in dieser Zeit geknüpften Bekanntschaften mit Genossinnen und Genossen aus anderen linken Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, aus denen auch einige gute Freundschaften erwachsen sind, die Arbeit an gemeinsamen Projekten und vor allem die vielen Diskussionen über die Organisation der Linken und die Entwicklung von wirksamer gesellschaftlicher Gegenmacht haben mich vieles gelehrt: Vor allem, dass die Linke nur dann erfolgreich sein wird, wenn sie in Einigkeit agiert.

»First we take Athens and then we take Berlin and Brussels« (»Zuerst übernehmen wir Athen, dann Berlin und Brüssel«): Das war der Traum der europäischen Linken im Sommer 2015. Der sich schnell zum Trauma entwickelte, das die gesamte europäische Linke ergriff.

Seitdem herrscht kollektives Rätselraten über den richtigen Kurs, den richtigen Umgang mit der Europäischen Integration. Während sich die europäische Sozialdemokratie bereits vor geraumer Zeit von ihrer historischen Mission verabschiedet hat und die europäische Rechte wie Phoenix aus der Asche die europäischen Demokratien durcheinanderwürfelt, sucht die radikale Linke noch immer nach einer passenden Antwort auf fortgesetzten Neoliberalismus und voranschreitenden Rechtsruck.

Es erscheint derzeit wie die Quadratur des Kreises: Wie kann eine linke Partei die berechtigte Kritik an den EU-Institutionen und ihrer Politik so formulieren, dass sie dabei nicht ihren ursprünglichen und



Macht mit Leidenschaft und Vergnügen Politik für Europa: Martin Schirdewan

Foto: European Union 2017 - EP

wesensprägenden internationalistischen Charakter aufgibt? Wie kann praktische Kritik an einem vermachteten Gebilde aussehen, in dem die Linke nur viel zu selten mal Land sieht und meistens nur kosmetische Änderungen an in der Grundrichtung falschen politischen Weganbahnungen durchsetzen kann? Und wie setzen wir diese Kritik ins Verhältnis zur allgemeingültigen Erkenntnis, dass viele politische Fragen nur international beantwortet werden können und müssen. Das gilt nicht nur für die ökologische Frage, das gilt angesichts transnationaler Wertschöpfungsketten ebenso für gewerkschaftliche Arbeit, Organisation und Kämpfe. Das gilt nicht nur für die Friedensfrage, die immer eine internationale war und bleiben wird, das gilt ebenso für das Einhegen entfesselter Finanzmarktakteure, die in der Vergangenheit ganze Volkswirtschaften rui-

niert haben. Und das gilt auch für die Durchsetzung verschiedenster Individual- und Gruppenrechte.

Neustart

Ja, wir brauchen einen Neustart für die EU. Soweit herrscht Einigkeit. Nur an der Erzählung zum Neustart hapert es noch. Manche in der europäischen Linken sehen ihn in Feuer und Flamme, im Zerschlagen des Bestehenden, im Austritt und nur schnell weg. Hier wird die Institutionenkritik betont. Andere sehen ihn in einer vertieften Integration, in der eine gründlich demokratisch reformierte Union Kompetenzen der nationalstaatlichen Ebene übernimmt und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten wahrnimmt. Hier wird der Aspekt der international notwendigen Zusammenarbeit starkgemacht.

Ich denke, um Wählerinnen und Wähler zu überzeugen, brauchen wir beides. Beide Aspekte müssen in einer linken zukunftsfähigen Erzählung von Europa eine gewichtige Rolle spielen. Es ist richtig, die Machtfülle der Europäischen Kommission scharf zu kritisieren, das bestehende Mandat und die gegenwärtige Politik der EZB kritisch zu verurteilen, die Eurogruppe für die Durchsetzung der Spar- und Kürzungspolitik auf Kosten der Staaten und Bevölkerungen anzugreifen. Es ist richtig, dass die europäischen Verträge einen Zeitgeist widerspiegeln, nach dem es politisch en vogue war, dem Markt alles – inklusive dem zu verscherbelnden öffentlichen Eigentum und der Daseinsvorsorge – zu überantworten. Deswegen lag und liegt der Fokus europäischer Politik viel zu häufig auf dem Marktgeschehen und der Kapitalfreiheit.



Unser gemeinsames Haus Europa



Karikatur: Klaus Stuttmann

GEDANKENSTRICH

Auch linke Politik vertritt Interessen und dient deren Durchsetzung. Linke EU-Kritik ist deshalb nicht in erster Linie verkürzt oder populistisch. Sie ist richtig und notwendig, weil sie auf politischen Gegebenheiten basiert, die von den Menschen auch so wahrgenommen werden. Aber die bislang nur hinreichend erfüllte Kunst besteht darin, die notwendige Kritik nicht nationalistisch wie die europäische Rechte, sondern internationalistisch und deshalb proeuropäisch zu äußern. Im Sinne von Solidarität mit dem niederländischen Siemens-Arbeiter, dessen Arbeitsplatz geschlossen werden soll, im Sinne der spanischen Coca-Cola-Arbeiterin, deren Arbeitsplatz in Fuenlabrada bereits geschlossen worden ist und die um dessen Erhalt kämpft und seit drei Jahren streikt. Im Sinne der Frauen in Polen, Irland, Spanien, die einen furchterlichen politischen Rollback erleiden müssen und sich einem Kulturkampf um ihre gesellschaftliche Position ausgesetzt se-

hen. Im Sinne der von Energiearmut Betroffenen, der arbeitslosen Jugendlichen ohne Perspektive, der von Altersarmut bedrohten Älteren, kurz: im Sinne aller, für die die kapitalistische Gesellschaft zum alltäglichen Überlebenskampf geworden ist.

Es ist immer wieder notwendig, den Blick – auch den eigenen – dafür zu schärfen, für wen DIE LINKE und die europäische Linke Politik machen auf den unterschiedlichsten Ebenen der Politikgestaltung. Das gilt für mich ebenso wie für die Coca-Cola-Arbeiterin, die übrigens gleichzeitig für ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung streitet, wie für den akademisch gebildeten Mann, der in der sogenannten Kreativwirtschaft so beschissen bezahlt wird, dass er nicht weiß, wie er diesen und nächsten und übernächsten Monat seinen Strom oder seine Miete zahlen soll und sich deshalb in einer Mieterinitiative engagiert.

Sie alle sind natürliche Verbündete linker Politik. Und wir brauchen

sie auch alle, um die Kräfteverhältnisse so verändern zu können, dass linke EU-Institutionen-Kritik nicht wirkungslos verklingt, sondern reale Änderungen nach sich zieht. Die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen bedeutet zuerst, die Kräfteverhältnisse zu unseren Gunsten zu verändern. Das wird nur durch internationale Solidarität gelingen. Wir brauchen sie alle, um den Appell nach Solidarität nicht unbeantwortet zu lassen.

Daraus resultierend werde ich meine Parlamentsarbeit so ausüben, dass die Kritik an den herrschenden Verhältnissen zusammenkommt mit dem Aufzeigen solidarischer und internationaler Alternativen. Der Wirtschafts- und Währungsausschuss bietet dafür mit der Behandlung der Zukunft der Eurozone und der sogenannten Bankenunion, oder der Panama-Papers sowie bald der Paradise-Papers den geeigneten Rahmen.

Martin Schirdewan ist für Fabio de Masi, der jetzt im Bundestag ist, ins Europaparlament nachgerückt. ◀



Genug Gemeinsames

Es ist Zeit für eine linke europäische Vision, die für Solidarität und Weltoffenheit steht. Her mit dem sozialistischen Europa! **VON GABI ZIMMER**

Ein Gefängnis auf einer Insel im Mittelmeer. Drei Inhaftierte schreiben heimlich ihre Vision zur Zukunft Europas auf Zigarettenpapier – das war 1941. Dieser Text der Antifaschisten Altiero Spinelli, Ernesto Rossi und Eugenio Colorni wird als das Manifest von Ventotene berühmt. Es ist einer der wichtigsten Entwürfe zur europäischen Integration.

2017, bei den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der EU-Gründung, nehmen die Regierenden in der EU dieses Manifest völlig selbstverständlich für sich in Anspruch. Sie verschweigen, dass Spinelli eine sozialistische europäische Integration vorschwebte, die zuerst die Freiheit der Menschen garantieren und künftige Kriege zwischen den Staaten in Europa verhindern sollte. Im Gegenteil, sie haben nicht nur Armut und Arbeitslosigkeit über einige EU-Staaten gebracht. Mit dieser Politik wurde das Vertrauen der Menschen in die EU zerstört. Bei der feierlichen Unterzeichnung der Römischen Verträge warfen Spinelli-Anhänger Flugblätter von der Galerie des Teatro Adriano, um gegen das entstehende »Monster« zu protestieren. Es sind heute wie damals dieselben Eliten, die dieses Manifest genauso vereinnahmt haben wie die europäische Idee eines friedlichen Miteinanders der Menschen ohne Grenzen.

Die von rechten und neoliberalen Regierungen und Konzernen besetzte EU steckt in einer grundlegenden Krise. Die Kürzungsdiktate, die Rettung privater Banken, die Privatisierung des Öffentlichen und die autoritäre, undemokratische Euro-Politik haben nicht nur Armut und Arbeitslosigkeit über einige EU-Staaten gebracht. Diese Politik zerstört das Vertrauen vieler Menschen in die EU. Sogar der EU-Austritt Großbritanniens wird von den Regierenden missbraucht, um eine Militärunion auf den Weg zu bringen, statt die soziale Spaltung zu bekämpfen. Die

Erklärung der Regierungen zum 60. Jahrestag liest sich wie ein Weiteres ohne Vision. Die Vorschläge zur Zukunft der EU von Kommissionspräsident Juncker verharren im neoliberalen Dogma. Eine soziale und solidarische EU bleibt in weiter Ferne. Die Europäische Säule sozialer Rechte ist ein erster Schritt, doch ohne echte soziale Rechte wird daraus kein soziales Fundament.

Neu denken

Ich stimme dem französischen Philosophen Etienne Balibar zu, für den es zwischen der neoliberalen und der sozialistischen Orientierung für Europas Zukunft keinen Mittelweg geben kann. Wenn wir als Linke in Europa die EU wirklich vom Kopf auf die Füße stellen oder sie neu gründen wollen, müssen wir Teil einer breiten Debatte um die Zukunft Europas werden. Mich stört am gegenwärtigen Streit um unsere europapolitischen Positionen nicht, dass fast alles in Frage gestellt wird (EU, EURO). Mich stört, dass die verschiedenen ProtagonistInnen meinen, jeweils die richtigen Antworten zu haben und sich nicht miteinander austauschen. So bleiben nicht nur wichtige Fragen offen, wir verspielen auch die Chancen auf breite Bündnisse, auf die Veränderung der Kräfteverhältnisse in der EU und in den Mitgliedstaaten.

Seit Spinelli, Rossi und Colorni ihre Vorstellungen von einem friedlichen, sozialistischen Europa entwickelten, haben sich Bedingungen entscheidend verändert. Das Verhältnis zwischen Globalisierung und der Entwicklung Europas, die Stärkung der Rechte lokaler Akteure und ihrer Einbindung in globale Entscheidungen sind ebenso neu zu denken wie die Rolle von Regionen und neue Formen von Souveränität. Das bezieht sich auf so zentrale Herausforderungen wie Migration, Klimawan-

del, transnationale Solidarität, fairen Handel, Mobilität und Kommunikation weltweit.

Für den Kommunisten Spinelli war klar, dass mit der Wiederherstellung des Nationalstaates die reaktionären Kräfte »...jenes Volksempfinden für sich [gewinnen], das am weitesten verbreitet ist ...und am leichtesten zur Beute reaktionärer Manipulation wird: Das patriotische Gefühl.« Sollte die jetzige EU scheitern, sollten die Nationalstaaten wieder alleine das Steuer übernehmen, werden Nationalismus und egoistische Eigeninteressen die Politik prägen. Wer könnte diese Politik besser umsetzen als rechtsnationale Parteien? Eine weltoffene, internationalistische Linke hätte das Nachsehen. Armut, soziale Ungerechtigkeit und wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den europäischen Staaten würden bleiben.

Wie so eine »reaktionäre Manipulation« aussehen kann, zeigt der Brexit. Die Kampagne der Brexit-Befürworter war geprägt von fremdenfeindlichen Parolen, dem Versprechen neuer nationaler Souveränität und Lügen über kommende soziale Verbesserungen. Die sozialen Versprechen werden nicht eingelöst. Im Gegenteil: Beschäftigungs- und Sozialschutz in Großbritannien und in den verbleibenden EU-Staaten sind ebenso Verhandlungsmasse wie europäische Bürgerrechte.

Ohne eine EU-weite Strategie, ohne gemeinsame Schlagkraft haben wir als Linke den herrschenden Eliten wenig entgegenzusetzen. Das zeigt die gnadenlose Erpressung der griechischen SYRIZA-Regierung mehr als deutlich. Unter Linken hat diese Niederlage eine heftige Debatte ausgelöst, wie wir künftig mit der EU und dem Euro umgehen sollten. Einige werfen unseren SYRIZA-GenossInnen Verrat an linken Idealen vor. Der Umgang der EU mit Griechenland zeigt, dass die herrschenden Finanz- und Wirtschaftseliten

»Die europäische Revolution muss sozialistisch sein, um unseren Bedürfnissen gerecht zu werden; sie muss sich für die Emanzipation der Arbeiterklasse und die Schaffung menschlicherer Lebensbedingungen einsetzen.«

Manifest von Ventotene



Foto: Martin Heinlein

die Austeritätspolitik nicht aus ihrem neoliberalen Werkzeugkasten entfernen wollen. In Griechenland hat die Troika die Linken gespalten. Diese Debatte könnte auch die Linken in Europa spalten. Deshalb sollten die laufenden linken Debatten und Foren zur EU offen und nicht ausgrenzend geführt werden, uns nicht gegeneinander aufbringen und keine neuen strukturellen Gräben schaffen. Linke müssen aufeinander zugehen und nicht um Meinungsführerschaften untereinander kämpfen. Ankündigungen, mit jeweils eigenen Listen und KandidatInnen zu den nächsten Europawahlen anzutreten, sind nicht nur kindisch, sondern gefährlich.

Eine gesplante Linke – in den Nationalstaaten und auf EU-Ebene – wird nichts an den europäischen Machtverhältnissen ändern. Feixende Nutznießer wären die Rechtsnationalen und Marktradikalen. In den meisten EU-Staaten wächst die extreme Rechte, Menschenrechte von Migrantinnen werden mit Füßen getreten und in einigen EU-Ländern werden Demokratie und Rechtsstaat offen angegriffen.

Dabei gibt es für Linke in der EU genug Gemeinsames. Wir stehen geschlossen gegen die neoliberale Austeritätspolitik, gegen die Kürzungsdiktate in der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik. Für eine radikale soziale Wende braucht die EU mehr als

nur Vertragsänderungen. Ein soziales Fortschrittsprotokoll muss zuerst soziale Grundrechte über die Freiheiten im Binnenmarkt stellen. Der Kampf gegen Armut, soziale Ausgrenzung und Obdachlosigkeit hat Priorität für alle Linken. Wir wehren uns gegen die Privatisierung des Öffentlichen und die Liberalisierung der Wasser-, Strom- und Daseinsvorsorge. Soziale und ökologische Mindeststandards in der EU werden von immer mehr Linken gefordert. Alle Linken lehnen die Militarisierung der EU entschieden ab. Und kein Linker dürfte es ablehnen, die wahren Ursachen unfreiwilliger Migration zu beseitigen und eine menschenwürdige Migrationspolitik zu gestalten.

Der Präsident der Europäischen Linken Gregor Gysi hat »Mut zum Kompromiss« gefordert, um gemeinsam den wahren Gegnern entgegenzutreten. Dem stimme ich zu. Dieser Mut muss über linke Parteien hinausgehen. Abgeordnete der GUE/NGL, unter ihnen auch Spinellis Tochter Barbara, haben deshalb linke Intellektuelle aus mehreren EU-Staaten gebeten, sich erneut vom Ventotene-Manifest inspirieren zu lassen. Welche Fragen müssen gestellt, welche Debatten organisiert, welche Kämpfe geführt werden, um ein anderes Europa zu gestalten? Wir wollen als linke Europaabgeordnete das Gespräch mit ihnen. Ihre Beiträge veröffentlichen wir in einem E-Book, das wir Ende Januar in Brüssel vorstellen. Es ist unser Beitrag für eine gemeinsame Debatte. 77 Jahre nach dem Manifest von Ventotene werden wieder Menschen auf Inseln im Mittelmeer eingesperrt. Es ist unsere Aufgabe, diese unmenschliche Politik zu beenden. Es ist Zeit für eine neue gemeinsame, linke Vision von einem solidarischen, sozialistischen und weltweiten Europa! ◀

Gabi Zimmer ist Vorsitzende der Fraktion der Vereinigten Linken/ Nordische Grüne (GUE/NGL) im Europaparlament



Foto: Ronald Friedmann

■ ■ **Ehrung:** Zur Erinnerung an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kamen am 14. Januar zehntausende Menschen auf den Friedhof der SozialistInnen in Berlin-Friedrichsfelde. Die Vorsitzenden der Partei und der Bundestagsfraktion der LINKEN legten Kränze, viele GenossInnen rote Nelken am Grab von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ab. Die Ehrung findet traditionell am 2. Sonntag im Januar statt. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gehörten zu den wichtigsten WegbereiterInnen der Novemberrevolution und wurden im Januar 1919 durch Konterrevolutionäre ermordet.

■ ■ **Konferenz:** Das Programm der Konferenz »Epochenbruch 1914–1923« am 24. Februar ist im Internet unter www.die-linke.de/epochenbruch abrufbar. Die Veranstaltung findet statt im Münzenbergssaal im Gebäude des »neuen deutschland«, Franz-Mehring-Platz 1, 10243

Berlin und beginnt um 9 Uhr. Bei der Tagung geht es um den Ersten Weltkrieg, die Revolutionen in Russland 1917, die deutsche Novemberrevolution 1918 und die Umbrüche in weiteren Ländern. Die Konferenz wird vom Parteivorstand und der Historischen Kommission der LINKEN veranstaltet. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Teilnahme ist kostenlos, für Speisen und Getränke ist gesorgt. Ab 19.30 Uhr

spielt die »Bolschewistische Kurkapelle Schwarz-Rot«.

■ ■ **Brandenburg:** Der Landesverband der LINKEN hat die Diskussion über die Eckpunkte für die Kommunalwahlen im Frühjahr 2019 aufgenommen. Der Entwurf ist unter www.dielinke-brandenburg.de abrufbar. In 22 Städten und Gemeinden Brandenburgs werden 2018 die Rathauschefs gewählt. Der LINKE Detlef Ta-

bbert will in Templin sein Amt verteidigen, im Nuthetal kämpft Ute Hustig um eine weitere Amtszeit. In Lauchhammer, Templin und Großbeeren stehen die Wahlen bereits im Januar an. In Rathenow, in Strausberg, in Fürstenwalde, in Wustermark, in Petershagen/Eggersdorf, in Brandenburg/Havel sowie in Neuenhagen bei Berlin (Märkisch-Oderland) wird am 25. Februar gewählt. In Neuenhagen rechnet sich DIE LINKE mit ihrem Kandidaten Sven Kinderwatter, Chef der dortigen Linksfraktion, gute Chancen aus. In der Gemeindevertretung ist die LINKE die stärkste Fraktion. In Wustermark kandidiert der kommunalpolitische Referent der Linksfraktion im Bundestag Tobias Bank (siehe DISUT 12/2017). Die übrigen Wahlen finden bis Mitte April statt.

■ ■ **Hessen:** Die hessische LINKE kritisiert die

CLARA-ZETKIN FRAUENPREIS 2018

DIE LINKE.

Der Clara-Zetkin-Frauenpreis wird für herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik verliehen.

Bewerbungen und Vorschläge für Projekte oder Initiativen bis 11. Februar 2018. www.clara-zetkin-frauenpreis.de

Die Preisverleihung findet statt am 2. März 2018 im Südblock Berlin, Admiralstraße 1–2, 10999 Berlin ab 19 Uhr. Im Anschluss wird gefeiert in der »Flittchenbar« im Südblock

drastische Verschwendung von Steuergeldern für den Flughafen Kassel-Calden durch die schwarz-grüne Landesregierung. Eine Evaluation des Rechnungshofes war zu dem Ergebnis gekommen, dass für den hochdefizitären Flughafen keine Trendwende in Sicht ist. Trotzdem hält die Landesregierung an der Förderung fest. »Offensichtlich sind für den Betrieb des Flughafens Kassel-Calden Passagiere und Flugverkehr nur noch zweitrangig«, erklärt Jan Schalauske, haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag. »Mit dem Evaluationsbericht gesteht die Landesregierung ein, dass es sich bei Kassel-Calden um eine verkehrsberuhigte Luftfahrtanlage mit angeschlossenem Gewerbegebiet handelt. Dass damit der Bau von Windkraftanlagen durch einen grünen Minister verhindert wird, ist angesichts der Pleiten am Flughafen nur eine Randbemerkung«, so Jan Schalauske. In Hessen sind in diesem Herbst Landtagswahlen.

■ ■ **Mecklenburg-Vorpommern:** DIE LINKE im Norden hat eine Initiative für mehr Transparenz in der Landespolitik gestartet. Die Vorsitzende der LINKEN im Schweriner Landtag Simone Oldenburg fordert, dass die Parlamentsausschüsse öffentlich tagen. In den Ausschüssen werde die Politik bestimmt, sagte Oldenburg. Das öffentliche

Lange nach Weihnachten geht der grüne Rentierpullover mit der blinkenden roten Nase noch – ist ja kalt. Auch sonst gilt für meine Klamotten: Wenn sie mal modern werden, dann hab' ich sie schon. Der Frühstückstisch biegt sich unter den Speisen, das Radio läuft, die Nachrichten – und ich höre: »... suchen nach einer tragfähigen Lösung!« Mh, eine Lösung, die nicht trägt anzustreben, ist ja auch Quatsch – oder Wasser, das hat bekanntlich keine Balken.

Eine »tragfähige Lösung« nach der gesucht wird, offenbart zumindest und ganz generell erst einmal eines: Noch haben wir nix, wir stehen am Anfang. Oder: Wir haben ein Problem erkannt und viel geredet – dabei rumgekommen ist noch nichts. Aber es wird schon mal eifriges Werkeln verkündet, auch wenn der Weisheit letzter Schluss noch nicht gefunden ist.

Fein ... und dennoch: Klar ist es wichtig, dass man eine Grundlage findet, auf der man weiter basteln, planen, bauen oder arbeiten kann – gerade, wenn man völlig unterschiedliche Grundannahmen hat. Aber davon gehe ich als Politiknutzer aus, dass die Lösung nach der man für ein Problem sucht, auch belastbar ist – und nicht nach kurzer Lebensdauer wegen »is doch doof« wieder einkassiert werden muss.

So betrachtet ist die Worthülse von der Suche nach der »tragfähigen Lösung« allerdings nur ein billiges Ablenkungsmanöver, um sich hinter vermeintlicher Betriebsamkeit zu verstecken, Zeit zu schinden und in Talkshows etwas beitragen zu können, wenn man gefragt wird. Das ist, um dem Ganzen etwas Positives abzugewinnen – besser, als zu lügen, dass sich die Balken biegen. Kommt eh raus. Aber letztlich ein richtig schöner Null-Satz und ohne Substanz.

Es bleibt die Erkenntnis: Die Basis ist die Grundlage aller Fundamente – solange sie nur tragfähig ist, so ganz global-konkret.

Daniel Bartsch

Tagen könne auch Politikverdrossenheit abbauen, sagte sie. Den Antrag will die Fraktion im Frühjahr in den Landtag einbringen.

■ ■ **Sachsen:** Neuer Pressesprecher der LINKEN in Sachsen ist Marcus Boës. Er ist seit Januar Mitarbeiter für Strategieentwicklung, -beratung und öffentliches Wirken in der Landesgeschäftsstelle. Der bisherige Pressesprecher Thomas Dudzak ist vom Landesparteitag im November zum neuen Landesgeschäftsführer gewählt worden.

■ ■ **Sachsen-Anhalt:** In der Nacht vom 27. auf den 28. Dezember 2017 wurde erneut das Wahlkreisbüro des LINKEN Bundestagsabgeordneten Jan Korte in Bitterfeld-Wolfen angegriffen. Mutmaßlich rechte Täter besprühten Fassade und Schilder mit schwarzer Farbe und AfD-Parolen. Das ist seit 2015 der sechste derartige Vorfall. Im Mai 2015 hat der bislang schwerste Angriff stattgefunden, als Unbekannte mit Steinen und Gullydeckeln Fensterscheiben einwarfen. »Dieser erneute Angriff auf mein Wahlkreisbüro zeigt, welche Früchte die jahrelange rechte Hetze trägt. Es ist ja schon bemerkenswert, dass zeitgleich mit dem Erstarken und der Radikalisierung der AfD die Attacken auf unsere Büros drastisch zunahmten«, so Jan Korte, der erster parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion ist.

DISPUT stellt sich allmonatlich den Sprechblasenfragen unserer Zeit. Dafür die kleine Sprachglosse.

Frieden und Brot!

Vor einhundert Jahren forderten mehr als eine Million Streikende in ganz Deutschland das Ende des Krieges und des Hungers **VON RONALD FRIEDMANN**



Ausstand der Munitionsarbeiter in Berlin: Der Januarstreik 1918 war die bedeutendste Friedensaktion gegen den Ersten Weltkrieg Foto: Archiv

Ende Januar 1918 war die Kriegsbegeisterung in Deutschland auf einem absoluten Tiefpunkt angelangt. Der Hunger, der spätestens seit dem Kohlrübenwinter 1916 zum Alltag der einfachen Arbeiter und ihrer Familien gehörte, bedrohte nun auch die Mittelschicht. Der akute Mangel an Heizmaterial brachte eine zermürbende Kälte in die armseiligen Wohnungen der meisten Menschen. Von den Fronten kamen nur noch höchst beunruhigende Nachrichten – die Zahl der Gefallenen, Verwundeten und Vermissten stieg von Monat zu Monat, von Woche zu Woche. Die Hoffnung auf den versprochenen Siegfrieden war längst einer verzweifelten Sorge um das tägliche Leben und Überleben gewichen. Alles schien in diesem Augenblick wichtiger und richtiger als die Fortsetzung des Krieges.

Diese Stimmung hatten die Linken, insbesondere die Mitglieder des Spartakusbundes und die revolutionären Obleute, die als weitgehend unabhängige Gruppierungen innerhalb der USPD wirkten, erkannt und zum Gegenstand ihrer Agitation ge-

macht. Bereits zweimal hatte es seit dem Beginn des Ersten Weltkriegs in Deutschland politische Massenstreiks gegeben: Im Juni 1916 hatten sich in Berlin und anderen Städten tausende Menschen versammelt, um gegen die Verhaftung und Verurteilung von Karl Liebknecht zu protestieren, der für die deutsche Arbeiterbewegung zum Symbol des Widerstandes gegen den imperialistischen Krieg geworden war. Und während des Aprilstreiks 1917 hatten in ganz Deutschland zehntausende Menschen, unter ihnen sehr viele Frauen, die die enorme Last des Alltagslebens zu tragen hatten, die Verbesserung der Lebensmittelversorgung gefordert und dabei die Fortsetzung des Krieges grundsätzlich in Frage gestellt.

Der folgende Streik hatte eine neue Qualität. Er begann mit einem Aufruf des Spartakusbundes vom 28. Januar 1918. Befördert durch Berichte aus Sowjetrußland bildeten sich in den Tagen des Ausstands überall in Deutschland in großer Zahl Arbeiterräte. Sie nahmen die Leitung der Protestbewegung in ihre eigenen Hände und organisierten – trotz eines rigorosen Versammlungsverbots – in vielen Städten eindrucksvolle Kundgebungen und Demonstrationen.

Weder die SPD noch die Gewerkschaften unterstützten den Streik. Zwar hatte der sozialdemokratische »Vorwärts« in einem Leitartikel am 29. Januar 1918 die Legitimität anerkannt und dafür von der Obersten Heeresleitung, die de facto die exekutive Gewalt in Deutschland übernommen hatte, ein dreitägiges Verbot kassiert. Doch tatsächlich war es von Anfang an das Ziel der sozialdemokratischen Parteiführung, den Streik möglichst schnell und möglichst ergebnislos zu beenden. Deutlich machte das Philipp Scheidemann, als er im Jahre 1924 als Zeuge in einem Gerichtsverfahren erklärte, dass Friedrich Ebert und er im Januar 1918 nur deshalb in die zentrale

Streikleitung eingetreten waren, um stärker Einfluss auf die Ereignisse nehmen zu können: »Wenn wir nicht in das Streikkomitee hineingegangen wären, dann wären der Krieg und alles andere meiner festen Überzeugung nach schon im Januar erledigt gewesen«, so seine beeidigte Aussage. »Durch unser Wirken wurde der Streik bald beendet und alles in geregelte Bahnen gelenkt.« Man solle den beiden dafür »dankbar sein«, forderte er.

Keine Forderung erfüllt

Anfang Februar 1918 wurde die Streikbewegung durch den massiven Einsatz von Polizei und Militär gewaltsam niedergeschlagen. Es gab zahlreiche Tote und Verletzte. Am 3. Februar 1918 verkündete die zentrale Streikleitung deshalb den Abbruch des Ausstands. Keine der Forderungen der Streikenden wurde erfüllt. Viele lokale Streikführer wurden verhaftet, darunter der spätere bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner, der den Munitionsarbeiterstreik in München organisiert hatte. Ungezählte Arbeiter, die bisher dem Kriegsdienst entgangen waren, wurden strafweise zum Militär eingezogen und an die Front geschickt, unter ihnen Richard Müller, der wenige Monate später als Vorsitzender des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte von Großberlin einer der Protagonisten der Novemberrevolution war.

Der Januarstreik, wie er später bezeichnet wurde, war die bedeutendste Friedensaktion der deutschen Arbeiterklasse in den Jahren des Ersten Weltkriegs. Er war, wie der marxistische Historiker Arthur Rosenberg, der in den 1920er Jahren kurze Zeit der KPD angehörte und mit ihrem Mandat im Mai 1924 Mitglied des Reichstags wurde, feststellte, die »Generalprobe für die Novemberrevolution«. ◀

Wie uns die Medien einbläuen, kommt alles Unheil dieser Erde aus Moskau oder aus Peking. Oder vom durchgedrehten Kim Jong Un in Nordkorea. Die drei sind Nachbarn und Bösewichte, obwohl sie das gerne bemänteln: Putin schickt ein Ballett nach Berlin. Nordkorea führt mit Südkorea Gespräche. Peking liefert Scherzkekse mit Geboten des Konfuzius: »Menschenliebe, Anstand, Bedachtsamkeit.«

Das hat aber den besonders unbedachten Bösewicht in Washington so böse gemacht, dass er als Neujahrsgruß gen Osten twitterte: »Mein Atomknopf ist viel größer und mächtiger als der von Jong Un, und meiner funktioniert!«

Das twitterte Trump am 2. Januar, weil Kim Jong Un in seiner Neujahrsrede sagte, dass sein Atomknopf immer auf seinem Tisch läge. Nun würde kein Tierfreund glauben, dass ein Dackel einen Elefanten frisst, aber Mr. Trump braucht zur Begründung seines verdoppelten Rüstungsetats immer neue »Beweise«, dass die Welt in Fernost voller Kampfunde ist, die am liebsten Amerikaner fressen. Nur so scheint begründet, dass er seine dortigen Stützpunkte und Manöver verstärkt. Dass er von Peking verlangt, in Nordkorea die Heizungen abzudrehen. Obwohl er selber schreibt, dass das Regime in Nordkorea

»ausgelaugt und ausgehungert« ist. Worauf der Zwerg in Pjöngiang dann seinen Landsleuten versichern muss: Wir haben nicht nur Flitzbogen. Uns kriegen sie nicht!

Doch wie kommt es, dass wir zu diesen »Knopfspielen« nur noch die Köpfe schütteln, statt aufzuschreien? Europa liegt doch in der Mitte zwischen den beiden Psychopaten! Und was sind die »Polen-Kracher« gegen die »Donald-Kracher«? Wie die BILD-Zeitung vorrechnete, existieren insgesamt 14.935 Kernwaffen auf der Welt. Davon 6.800 in den USA, 515 in Frankreich und Großbritannien, weitere 340 in Indien, Pakistan und Israel. Nordkorea hat etwa zwei Dutzend. Das sind 24 zu viel! Aber die UNO-Botschafterin der USA sagte cool: »Wir glauben nicht, dass wir ein Heftpflaster brauchen ...« Richtig, denn wo der US-Präsident geht und steht, hat er einen schweren Lederkoffer an der Seite. Darin steckt ein abhörsicheres Telefon, ein Buch mit allen denkbaren Einsatzbefehlen für die Streitkräfte, eine Standortliste der Atombunker und die »Go Codes«, mit denen sich der Präsident als alleinige Autorität ausweisen kann.

Nun suchen Sie mal 6.800 Ziele auf diesem zerbrechlichen Globus, ohne suizidgefährdet zu werden! Die Bomben von Hiroshima und Nagasaki nennt man heute »Baby-Bomben«, weil ihre Zerstörungskraft ein Zehntel war. Wir brauchen neue Höchstgrenzen gegen den Krieg der Worte und Waffen. Die Böller helfen nicht gegen böse Geister. Aber sie kosten uns alljähr-



lich etwa 130 Millionen Euro. Mit dem Geld könnte man auch Nahrungsmittel über die Notstandsgebiete in Afrika ausschütten. Dann müssten nicht Millionen vor Hunger, Krieg und Aussichtslosigkeit flüchten. Doch »Brot statt Böller« – das bleibt ein frommer Wunsch in jenen Ländern, in denen die Leute so satt sind, dass die Ärzte vor Übergewicht warnen müssen. Außerdem liegt ja dazwischen das Mittelmeer mit den Aufgreifern der Bundesmarine. Dazu die Stacheldrahtzäune der Balkanstaaten und die Sammelager in der Türkei und die Barrikaden der Nationalisten und Rassisten in Österreich, Polen, Frankreich und Holland. Und wenn trotzdem einige Hundert Farbige hier anklopfen, rennen sie sich an Seehofers Höchstgrenze den Kopf ein. Die politischen Geschäftsführer unseres Landes sagen: Deutschland ist gut aufgestellt! Man müsse nur prüfen, ob der Bundestag mit über 700 Sitzen nicht doch zu breit aufgestellt ist und ob die über 800 Hausausweise für die Lobbyisten der Konzerne nicht auch eine Höchstgrenze verlangen. Richtig! Sonst ahnt der Bürger, wer Deutschland – trotz aller Böller – immer wieder in die Scheiße treibt!



Illustration: Ale Sund

JENS JANSEN

Über
Knöpfe
und
Köpfe

SDS: Neue Geschäftsführerin

Der Hochschulverband der LINKEN hat immer mehr neue Gruppen. Im Dezember veranstaltet er den Kongress »50 Jahre '68«

Neuere Geschäftsführerin des Studierendenverbands LINKE.SDS ist Rhonda Koch. Die Delegierten der 21. Bundeskonferenz des Studierendenverbandes der LINKEN wählten die 26-jährige als Nachfolgerin von Janis Ehling, der nach drei Jahren nicht erneut kandidiert hatte. Die bisherige Co-Geschäftsführerin Bettina Gutperl bleibt im Amt.

Rhonda Koch ist in Bielefeld geboren und studiert Philosophie an der Humboldt-Universität in Berlin. Ihr politischer wie wissenschaftlicher Schwerpunkt ist das Thema Marxismus-Feminismus. »Mich bewegt, wie man marxistische Theorie neu denken kann – weg vom Orthodoxen hin zu einer lebendigen Tradition«, sagt sie. Die SDS-Geschäftsführerin ist 2012 in die Berliner SDS-Gruppe eingetreten, vorher war sie bei der Occupy-Unigruppe.

»2018 wird unser Jahr. Wir wollen wie die 68er die Generation sein, die es schafft, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu verändern,

sagt sie. Der SDS bereitet für Dezember einen großen Kongress zum Thema »50 Jahre '68« vor. Außerdem wird die neue Geschäftsführerin auf die Schulungsangebote des Verbandes einen Schwerpunkt ihrer Arbeit

legen und die Gruppen vor Ort unterstützen. Der SDS hat Gruppen an 59 Hochschulen, 2014 waren es 33. Im Sommer – zurzeit sind an vielen Hochschulen Wahlen – waren SDS-Gruppen an 17 ASten beteiligt. ◀



Leidenschaft für marxistisch-feministische Theorie:
Rhonda Koch
Foto: Martin Heinlein

Anzeige

Näher dran an linken Lösungen

Was Karl Marx und andere linke Vordenker*innen hier und heute an Relevanz haben, loten wir täglich mit kritischer Sympathie neu aus. Lesen Sie mit!

inklusive »nd«-App

Das »nd«-
Mini-Abo
2 Monate für
49 Euro

Am besten gleich heute bestellen:

☎ (030) 29 78 18 00

www.dasND.de/disput

plus Buchprämie

GREGOR GYSI

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd



Auch geschrumpft zerfällt die Menschheit in Arm und Reich

Foto: Paramount Pictures France

■ **Downsizing**

Zu fett, zu unbeweglich, zu unachtsam: Der Kapitalismus will es immer größer! Wenn weiter so viel Ressourcen verbraucht werden, wenn der Umweltverschmutzung nicht Einhalt geboten werden kann – dann werden wir nicht mehr lange leben. Degrowth, also Wachstumsrücknahme, jetzt!

In Norwegen, dem Land der klugen Einsichten, reift die Erkenntnis: So geht es nicht weiter. Als die Laborratte aus der Bestrahlung kommt, traut der etwas verschlafene Forscher Jørgen Asbjørnsen (Rolf Lassgård) seinen Augen nicht. Das Tier kann ab sofort in der Streichholzschatel wohnen. Asbjørnsen weiß, was das bedeutet: die Rettung der Erde. Den nächsten Versuch führt er an sich selbst durch – und ist dabei erfolgreich.

Die Aussicht, ohne Nebenwirkungen nur noch zwölf Zentimeter groß zu sein, wird in Alexander Paynes

verrückt-schönem Science-Fiction-Film »Downsizing« (»Gesund-schrumpfen«) eine erstaunlich populäre Idee.

Und das ist auch kein Wunder: Wer sich schrumpfen lassen will, kann damit rechnen, mit wenig Geld bis ans Ende seiner Tage zu kommen. Man denke einmal, wie wenig Strom man verbraucht. Oder Nahrung. Und erst die tollen Häuser und Siedlungen im Puppenstubenformat.

Auch der all american Vorstadt-Physiotherapeut Paul Safronek (Matt Damon) ist fasziniert. Mit seinem jetzigen Gehalt wären keine großen Sprünge drin. Warum nicht als Mini-Ausgabe seiner selbst ins gelobte Land einziehen? Gesagt, getan. Am Anfang läuft auch alles super, zieht man einmal ab, dass die Ehefrau im letzten Moment einen Rückzieher macht. Aber wie die kleinen Menschen da mit den großen gemeinsam im Zug fahren. Wie die kleinen Menschen super Drogenpartys feiern und sich nie mehr abrackern müssen ...

Es sei denn, und da liegt der Hase im Pfeffer: Sie sind nicht weiß. Dann putzen sie den Reichen die schönen Häuser, leben vom Medikamente schnorren und Klauen. Während der neue kleine obere Mittelstand die Wohlfühlgemeinschaft mit geraden Rasenkanten und glänzenden Geschäftsmöglichkeiten durchexerziert, eignet sich Zwangsschrumpfen andernorts gut als Strafe. So wie bei der Putzfrau und Menschenrechtskämpferin Ngoc Lan (Hong Chau), die in ihrem Heimatland mit dem Tod bedroht wurde.

Im großen Ganzen hat sich nichts geändert, im Kleinen schon: Du kommst nicht mehr per Schlauchboot als Flüchtling übers Meer, sondern in einem kaputten Flatscreen, in schwimmendem Elektroschrott. Rassismus? Unterdrückung? Klassenantagonismen? Die Menschheit zerfällt auch auf der Mini-Ebene in Arm und Reich, in Weiß und anderes. Die Weltrettungsanwendung hat keine Nebenwirkungen, vor allem diese nicht: dass der technisch-manipulative Fortschritt sich positiv auf das Streben nach Gerechtigkeit auswirkt. Wer vorher eine kleine Nummer war, ist es als Schrumpfausgabe erst recht. Das ist die gesellschaftskritische Botschaft dieses kleinen, schönen Films: Vielleicht wird die Welt so gerettet. Für einige.

→ Kinostart: 18. Januar 2018



WOHIN ES FÜHRT,
IDEOLOGIE
BEIM WORT
ZU NEHMEN

GELESEN VON
INGRID FEIX

ENTWICKLUNGSPLAN

Die Möglichkeiten, Veranstaltungen und Vereine finanziell zu fördern, werden im Saarland immer geringer. DIE LINKE im Saarländischen Landtag fordert deshalb einen Kulturentwicklungsplan, der die Kulturförderung als kommunale Pflichtaufgabe bestärkt. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Astrid Schramm erklärt: »Kunst und Kultur leiden seit Jahren unter den leeren öffentlichen Kassen, da die Kulturförderung auf einem viel zu niedrigen Niveau bleibt. Wichtig ist deshalb, dass nicht weiter an der Kulturförderung herumgekürzt wird. Um die Teilhabe der Menschen mit schmalerem Geldbeutel auch an der Kultur zu gewährleisten, braucht es mehr Geld und Personal für kulturelle Bildung und einen Sozialpass, der den Zugang zu kulturellen Einrichtungen sicherstellt.«

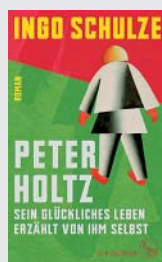
TANZ BREMEN

TANZ Bremen ist ein sehr erfolgreiches und international anerkanntes Festival, das in einem zweijährigen Rhythmus, zuletzt 2015 und 2017, stattfindet. Im Jahr 2019 soll dieses Projekt abgesagt werden, da die Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) ihm die finanzielle Unterstützung entzieht. Die Kulturbehörde visiert zwar das Jahr 2020 als nächsten

Das hat man nicht so oft, dass das Feuilleton in der Bewertung eines Buches derart weit auseinandergeht. Ingo Schulzes im letzten Herbst erschienenes Buch »Peter Holtz« liefert da ein Beispiel. Während in der *Berliner Zeitung* der Autor als »kunstvoll gewitzten Autor« gefeiert wird, wird ihm in der *Welt* »billige Kapitalismuskritik« und »Kitsch« vorgeworfen. Der freundliche Sachse aus Berlin hat die Leser neun Jahre auf seinen Roman warten lassen, das schürt Erwartungen. Und von jedem ernsthaften Autor, der wie im vorliegenden Fall die Jahre 1974 bis 1998 in den Schreibfokus nimmt, wird »der Wenderoman« erwartet – ein in unserer »aufgeklärten« und individualisierten Zeit unerfüllbares Unterfangen. Schulze selbst hat wohl den »Simplicissimus« als einen Anreger für seine Geschichte angegeben, das brachte dem Buch die etwas angestaubt klingende Einordnung als »Schelmenroman« ein. Aber, worum geht es?

Es ist die Geschichte des Peter Holtz, der, in einem DDR-Kinderheim aufgewachsen, das, was man ihm über das »sozialistische Menschenbild« beigebracht hat, sehr ernst nimmt, naiv bis zur Lächerlichkeit. Das ändert sich auch nach der politischen Wende nicht, wo er mit seinem selbstlosen Gerechtigkeitsinn zunächst Ost-CDU-Mitglied und schließlich immer dicker und reicher wird, bis er zum Schluss nur noch eine Sorge hat, wie er anständig sein vieles Geld loswerden kann ... In vielen, vielen kleinen Episoden blitzen Details auf, wie Pawel Kortschagin, Solidarität mit Nicaragua, der Aufruf »Für unser Land«, Wendeaktivisten, heruntergekommene Immobilien, selbst der Kunstliebhaber Gerhard Schröder. Wer's erlebt hat, wird sich erinnern, wer's nicht erlebt hat, kann sich wundern. Es ist eine vergnügliche Lektüre, die man sich nicht entgehen lassen sollte.

Ingo Schulze
Peter Holtz
Sein glückliches Leben
erzählt von ihm selbst
Roman
S. Fischer Verlag
576 Seiten, 22 Euro



Zeitpunkt für das Festival an, gesichert ist dieser Termin aber nicht. »Eine solch renommierte Veranstaltung lebt davon, verlässlich und regelmäßig stattfinden zu können. Es ist ein Schlag ins Gesicht der sehr engagierten Veranstalter, dass der Senat nun aus heiterem Himmel das Festival für das Jahr 2019 absagt«, sagte Miriam Strunge, kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Bremer Bürgerschaft. Das Wirtschaftsressort dürfe nicht mal eben durch die Hintertür eine massive Kürzung des Bremer Kulturhaushalts vornehmen.

HOCHSCHULVERTRÄGE

Bei einer gemeinsamen Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und der Linksfraktion im Landtag Brandenburg ging es um eine Bilanz der bestehenden Hochschulverträge und um die Anforderungen an die neuen Verträge, die 2019 zu verhandeln und abzuschließen sind. Burghilde Wieneke-Toutaoui, Präsidentin der TH Brandenburg und Vorsitzende der Brandenburgischen Landesrektorenkonferenz, wünschte sich eine Fortführung der Verträge, aber auch mehr Zeit für eine gründliche Debatte in den Hochschulen. Aus dem Publikum wurde der Wunsch geäußert, die Frage von »Guter Arbeit in der Wissenschaft« in den Hochschulverträgen zu verankern.

Im August 1990 erklärte Norbert Blüm in Gdansk: »Karl Marx ist tot, Jesus lebt.« Ich hielt schon damals diesen Spruch für kurzsichtig und dumm. Dass Jesus und Gott leben müssen, auch Buddha, Allah und Adona, der Ewige, (die Juden sprechen aus Ehrfurcht vor Gott seinen Namen nicht aus), war auch einem Atheisten wie mir von Kindheit an klar. Aber Blüm war damals bei weitem nicht der einzige, der das Ende der Geschichte gekommen sah. Heute, ich bin sicher, würde Blüm seine Worte nicht wiederholen. Alles, was ich von ihm höre oder lese, spricht dafür, dass er inzwischen weiß, dass Jesus nur mit Karl Marx zusammen leben kann. Kurz vor seinem 200. Geburtstag hat Karl Marx selbst in den bürgerlichen Medien geradezu eine Renaissance, und er überließ mir einen Brief, den er Euch schon immer schreiben wollte. Für die zum Teil drastische Sprache kann ich selbst nichts:

»Mein lieber Freund«¹:

»Es ist eine wahre Schande, dass ich Dir noch nicht geschrieben habe...«²
 »Ihr kennt Falstaffs Urteil über alte Männer. Sie sind alle Zyniker. So werdet Ihr Euch nicht wundern, wenn ich die feststehende Tatsache übergehe, dass ich so lange geschwiegen habe.«³
 »Ich habe in diesen Tagen keinen Augenblick Zeit, um ausführlicher zu schreiben. Ich beschränke mich auf das Nötige.«⁴ »Nachstehende kritische Randglossen zu dem Koalitionsprogramm ...«⁵ »Glückauf zur jüngsten Musterung der sozialdemokratischen Streitkräfte in Deutschland.«⁶ »Diese Kerls sind wahre Waschlappen.«⁷ »Aber die Krise naht heran.«⁸ »Die Zeiten sind stürmisch, die in nächster Zukunft bevorstehen.«⁹ »Die Gesellschaft findet nun einmal nicht ihr Gleichgewicht, bis sie sich um die Sonne der Arbeit dreht.«¹⁰ »Die Finanzaristokratie, in ihrer Erwerbsweise wie in ihren Genüssen, ist nichts als die Wiedergeburt des Lumpenproletariats auf den Höhen der bürgerlichen Gesellschaft.«¹¹
 »Das in der Tat ist die Signatur aller Vulgärökonomie.«¹² »Der Skandal daher um so bedeutsamer.«¹³ »Unsere Leute in Deutschland sind doch miserabel

schlaaffe Hunde.«¹⁴ »Drauf hin, aber in lustiger Manier.«¹⁵ »Du wirst zugeben, dass diese Gesamtscheiße passablement angenehm ist und dass ich bis an die Wirbelspitze meines Schädels im kleinbürgerlichen Dreck stecke.«¹⁶ »Ich werde ihnen den Kopf waschen, aber der Unsinn ist da!«¹⁷
 »Beinahe hätte ich die Hauptsache vergessen.«¹⁸ »Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.«¹⁹ »Was die Handelsgeschichte angeht, so werde ich nicht mehr klug daraus.«²⁰ »Das alles ist nun Scheiße, aber ich fürchte, dass der Dreck einmal mit Skandal endet.«²¹ »Die Sache steht nämlich so:«²² »Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in den denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.«²³
 »Ich denke, die deutschen Frauen müssten damit anfangen, ihre Männer zur Selbstemanzipation zu treiben.«²⁴
 »Und nun für diesmal genug.«²⁵ »Du musst die Kürze dieser Zeilen entschuldigen, da der Brief sofort zur Post muss.«²⁶ Lass bald von Dir hören.«²⁷
 »Mit herzlichem Gruß, Dein Karl«

- 1 33, S. 245
- 2 33, S. 103
- 3 32, S. 591
- 4 27, S. 119
- 5 34, S. 137
- 6 34, S. 242
- 7 MEW, Bd. 28, S. 224
- 8 34, S. 44
- 9 29, S. 551
- 10 7, S. 570
- 11 4, S. 15
- 12 34, S. 67
- 13 35, S. 27
- 14 28, S. 231
- 15 34, S. 5
- 16 27, S. 227
- 17 33, S. 59
- 18 MEW, Bd. 28, S. 462
- 19 34, S. 137
- 20 28, S. 21
- 21 28, S. 30
- 22 28, S. 207
- 23 1, S. 385
- 24 32, S. 581
- 25 34, S. 478
- 26 34, S. 388
- 27 28, S. 244



ANDRÉ BRIE

Das Wort erhält Genosse Karl Marx!

Foto: Gert Gampe

an die Länge des Schattens eines der Männer – bin Laden war mit 1,95 Metern von großer Statur – und schloss daraus, den al-Qaida-Chef gesehen zu haben. Auch der damalige Pilot der Drohne behauptete, bin Laden auf dem Schirm gehabt zu haben.²² Ein hochrangiger Pentagon-Offizieller war sich ebenfalls sicher, dass bin Laden rund vier Stunden von der Predator observiert worden sei. Allerdings war es laut dessen Aussage unklar, ob die aus dem Golf abgeschossenen Marschflugkörper ihn tatsächlich hätten treffen können.

Nur sehr unbedarften Beobachtern dürften derartige Aussagen von US-Offiziellen rational und oder glaubwürdig erscheinen. Bei genauerem Hinsehen wird schnell klar, dass die Verantwortlichen höchst fragwürdig, wenn nicht sogar stümperhaft vorgingen. Wie konnte es sein, dass sich ein hochrangiges Mitglied der US-Regierung lediglich auf die Länge eines Schattens, den er mittels der Kamera einer Drohne abschätzte, berufen kann, um über das Schicksal mehrerer Menschen zu entscheiden? Vor jedem anständigen Gericht würde ein solches Argument sofort verworfen und als zu schwach und unglaubwürdig betrachtet werden. Der Versuch, Osama bin Laden in den Bergen Afghanistans aufgrund der Länge seines Schattens zu identifizieren, kann keiner kritischen Prüfung standhalten, ganz ungeachtet der Tatsache, dass Männer größerer Statur alles andere als eine Seltenheit in Afghanistan sind, vor allem nicht in den Paschtunen-Gebieten im Osten oder im Süden des Landes. Gefehlt hätte es da nur noch, wenn die US-Regierung das Tragen von Turban und Vollbart als weitere Indizien herangezogen hätte.

Nach der Mission »Afghan Eyes« war der Wille groß, aus der Predator-Drohne ein Attentatswerkzeug zu machen. Eine Situation wie jene in Kandahar sollte sich nicht wiederholen. Beim nächsten Mal wollte man in der Lage sein, bei einem solchen Szenario per Knopfdruck zu töten und das (vermeintliche) Ziel auszuschal-

Emran Feroz

Tod per Knopfdruck
Das wahre Ausmaß des
US-Drohnen-Terrors
oder Wie Mord zum Alltag
werden konnte

Oktober 2017
256 Seiten, 18 Euro
ISBN: 978-3-86489-180-9

